

Bezugspreis.

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der besten Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Welt“, „Frauenstimme“, „Der Rinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“ und „Bild in die Zukunft“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Sonnabend, den 27. November 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Anzeigenpreise: Die einspaltige Anzeigenzeile 80 Pfennig, Reklameweile 5.- Reichsmark, „kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wort 25 Pfennig

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgeben werden.

Krupp will Reichsunterstützung. Zinsverbilligung für eine 20-Millionen-Anleihe.

Die Friedrich Krupp A.-G. in Essen verlangt in einer Eingabe an die Reichsregierung einen Kredit von 20 Millionen Mark zu einem Zinssatz, der nicht über 4 Proz. liegen soll.

Gegen die Forderung der Firma Krupp müssen sowohl aus grundsätzlichen wie aus praktischen Erwägungen heraus schwere Bedenken erhoben werden.

Man muß sich jedoch fragen, ob mit einem derartigen Reichsdarlehen der beabsichtigte Zweck überhaupt erreicht werden kann.

Unter diesen Umständen muß man verlangen, daß das Reichskabinett, das bisher einen Beschluß noch nicht gefaßt hat, keinesfalls ohne die parlamentarischen Instanzen seine Entscheidung trifft.

Bedenken im Ruhrgebiet.

Essen, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) In weiten Kreisen des Ruhrgebietes stößt die geplante Anleihehilfe für die Firma Krupp auf großen Widerspruch.

Habsburg vor den Toren!

Wie und wozu Bethlen die ungarischen Wahlen macht. Mit der ungarischen Käterregierung vom Mai 1919 zugleich, die ein Produkt der Verzweiflung über die Friedensbedingungen der Entente war, hat die königlich rumänische Armee mit ihrem Landesverrätertrief von Horthy-Freischärlern auch die Republik erwürgt.

Nichtsdestoweniger tut das herrschende Ungarn ganz monarchistisch. Horthy nennt sich Reichsverweser, alle Staatsbehörden heißen „königlich“, die Habsburger werden „königliche Hoheit“ und „durchlauchtig“ genannt.

So hat man am letzten Samstag den vierzehnten Geburtstag des „Erbkönigs“ Otto gefeiert. Die Häupter der Legitimisten, hoher Adel, auch Universitätsprofessoren, ehemalige Minister und Vertreter der Bourgeoisie wohnten einem feierlichen Hochamt bei.

Gleichzeitig mit diesem Hochamt im Stephansdom war in der Pfarrkirche der Ofener Burg ein Dankgottesdienst, dem u. a. der lächerliche Weltkriegs-„Feldmarschall“ Erzherzog Friedrich beiwohnte, obwohl sein Sohn Albrecht als einer der schärfsten Konkurrenten des Otto gilt.

Im monarchistischen Interesse wird das vorrevolutionäre Magnatenhaus als Erste Kammer wiederhergestellt. Das neue Gesetz bestimmt darüber, daß die aristokratischen Familien 35 Magnatenhausmitglieder aus ihren Reihen durch geheime Wahl bestimmen sollen.

Wie aber jetzt die Wahlen zum Abgeordnetenhaus gemacht werden, das wäre schon eine europäische Schande — wenn man nicht längst wieder, wie in früherer Zeit, Ungarn zu Halbaffen rechnen möchte.

Von den Lügenmannövern der Regierung und ihrer Mameluden, wie z. B. einem erfundenen, aber desto massenhafter verbreiteten Brief Bela Rhuns an den in Wien lebenden ehemaligen Volkskommissar Genossen Siegmund Kunz, wollen wir erst gar nicht reden.

Preußen gegen das Schundgesetz!

Die Ueberraschung der gestrigen Reichstagsitzung. — Külz verteidigt, die Sozialdemokratie bekämpft das Gesetz.

Der Reichstag hat gestern die Beratung des Schund- und Schmutzgesetzes in zweiter Lesung begonnen. Heute wird die Beratung fortgesetzt. Es besteht die Gefahr, daß dies Gesetz, das tief in die geistige Freiheit des deutschen Volkes eingreift und gegen alle bedeutenden Führer literarischen Schaffens durchgesetzt werden soll, von einer Mehrheit von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen angenommen wird.

Der Minister des Innern, Dr. Külz, der dem Reichstag dies Gesetz vorgelegt hat, hat nur schwache Worte zu seiner Begründung gefunden. Er hat dies Gesetz von Herrn Schiele übernommen. Er hat aus dem stürmischen Widerspruch, den sein Entwurf bei allen Führern des geistigen Deutschland und nicht zuletzt in den Reihen seiner Partei gefunden hat, nicht die Folgerung gezogen, daß dieser Gesetzentwurf zurückgezogen werden müsse.

Es ist beschämend für den Reichsinnenminister, daß der Vertreter der preußischen Regierung im Plenum des Reichstags ihn auf die ungeheuerlichen Konsequenzen und die gefahrtechnischen Unmöglichkeiten des Entwurfs hinweisen sollte. Die preußische Regierung hat Einspruch erhoben gegen die Gesetzesbestimmungen, die selbst dem kleinsten deutschen Staat das Recht geben, Verbote für das ganze Reich auszusprechen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gefordert, daß dies Gesetz an den Ausschuss zurückverwiesen werde, damit den Bedenken des größten Bundesrates Berechtigtheit widerfahren könne.

Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Schreck, hat in wirkungsvollen Ausführungen unter der Aufmerksamkeit des ganzen Hauses noch einmal die Ungeheuerlichkeit dieses Gesetzes aufgerollt, das die Geistesfreiheit in Deutschland bedroht.

Dies Gesetz ist ein Polizeigesetz schlimmster Art! Es ist tragisch, daß sich für dies Gesetz Männer und Frauen einsezen, die das Beste für die Jugend wollen und weit entfernt sind, zu den Mäthern zu gehören.

Der Sprecher der Deutschen Volkspartei verhielt sich reserviert, obgleich seine Fraktion dem Gesetze zustimmen wird. Seine Fraktion hat ein Reihe von Abänderungsanträgen gestellt.

der Schwindel der britisch-konservativen Protektoren des Horthy'schen Schandregimes mit dem Simowjew-Brief nachgemacht. Aber gegen die Opposition, d. h. die bürgerlichen Republikaner und ganz besonders gegen die Sozialdemokraten müht die allmächtige Verwaltung in empörendster Weise. Jehn Tage vor der Wahl ist ohnehin „jede“ Agitation verboten — der Opposition wird sie jedoch schon während der ganzen Wahlkampagne soviel als nur möglich gehindert. Alle Versammlungen müssen angemeldet werden — man verbietet die meisten als „unnötig“. Plakate werden mit der lächerlichsten Begründung verboten, Flugblätter beschlagnahmt. Sozialdemokratische Agitatoren und selbst Wahlkandidaten weist man aus Landorten aus und schiebt sie polizeilich ab, wenn sie nicht „freiwillig“ gehen.

Und erst das Wahlrecht! Nicht nur, daß es nicht allgemein, sondern stark beschränkt ist — man muß vor allem auf dem Lande, auch in vielen Kleinstädten und in den meisten Industrieorten öffentlich die Stimme abgeben! In allen Bergwerksrevieren, so in Salgo-Tarjan, Dzd, Tata-banga, Bilisvörösva, Dorog ist die Abstimmung öffentlich. In Dzd befinden sich das größte Walzwerk und die größte Viehzucht Ungarns, die der Kima-Muranger Aktiengesellschaft gehören. Auch dort müssen die Arbeiter öffentlich abstimmen. Man nimmt im allgemeinen an, daß die Sozialdemokraten in den Bezirken mit geheimer Abstimmung ihren Bestand wahren werden. Da jetzt für die städtischen Wahlkreise mit geheimer Abstimmung die Listenwahl eingeführt wurde, ist die Behauptung der bisherigen Mandate erleichtert. Um so schwieriger wird aber der Kampf in den Bezirken mit öffentlicher Abstimmung und es werden vor allem die Bergarbeiter den stärksten Druck abzuwehren haben.

Besonders niederträchtig behandelte Bethlen Dedenburg, das die Entente feinerzeit vom Burgenland abgerissen und Ungarn gelassen hat. Als selbständiges Munizipium und königliche Freistadt wählte Dedenburg bisher geheim. Das Mandat fiel dem Sozialdemokraten Eduard Hebel zu, der durch besonders scharfe Angriffe gegen die Horthy-Justiz der Regierungspartei unliebsam wurde. Auch sonst konnten die Horthy-Magnaten es schwer verwinden, daß eben Dedenburg sozialdemokratisch wählte. Es wurde nun die geheime Abstimmung abgeschafft, und Hebel wird gegen den Handelsminister Rag Hermann in einem mit öffentlicher Abstimmung geführten Wahlkampf um das Mandat ringen müssen.

So macht Bethlen Wahlen. Nicht nur französisches und tschechisches Geld fälscht man in Ungarn von Amts wegen — man fälscht jetzt durch List und Gewalt den Willen des eigenen Volkes, um dann dem Ausland vorzuschwindeln, daß das Volk nicht nur das Schandregime billige, sondern auch noch die monarchistische Krönung wolle.

Was wird aus den Lebensmittelzöllen?

Beratungen der Reichsregierung mit den Parteiführern.

Im Auftrage der Reichsregierung verhandelte gestern Reichsernährungsminister Dr. Haslinder mit den Führern der Parteien über die künftige Gestaltung der Lebensmittelzölle. Bekanntlich liegen die endgültigen Zollsätze für eine Reihe von Nahrungsmitteln für eine Ubergangszeit wesentlich über den jetzt geltenden provisorischen Zöllen. Das kommt daher, daß es der Reichsregierung noch nicht gelungen ist, Handelsverträge abzuschließen, die eine vernünftige Bindung der Nahrungsmittelzölle vorsehen. Die provisorischen Zölle würden am 1. Januar 1927 ablaufen. Die Reichsregierung beabsichtigt nun, sie um drei Monate zu verlängern.

An sich wäre gegen die Absicht der Regierung nichts einzuwenden, wenn man damit rechnen könnte, daß noch im Laufe des ersten Vierteljahres 1927 die wichtigen Handels-

verträge unter Dach und Fach kommen, die ein Heraufschneiden der Nahrungsmittelzölle verhindern. Diese Hoffnung muß man jedoch begraben, angesichts der Tatsache, daß die Wirtschaftsverhandlungen mit dem Ausland geradezu in einem Schnecken-tempo weitergehen. Infolgedessen ist zu fordern, daß die geltenden ermäßigten Nahrungsmittelzölle sechs Monate länger in Kraft bleiben; das wäre auch aus einem anderen Grunde von Vorteil; gilt doch der gegenwärtige Zolltarif und seine Gesamtheit nur bis zum 1. Juni 1927, so daß dann, wenn seine Abänderung zur Diskussion steht, das Gesamtproblem neu in Angriff genommen werden kann, während sonst wahrscheinlich eine neue Ubergangsvorlage notwendig werden würde.

Bisher hat sich die Reichsregierung allzu sehr bei den Handelsvertragsverhandlungen von den agrarischen Forderungen leiten lassen, die bekanntlich eine Verteuerung der Lebenshaltung für das ganze Volk nach sich ziehen. Das muß endlich aufhören. Die Reichsregierung hat die Pflicht, in der Ubergangszeit, in der die ermäßigten Zollsätze gelten, Wirtschaftsverträge mit dem Ausland durchzuführen, die insbesondere auch den industriellen Interessen Rechnung tragen, und eine bessere Beschäftigung der Arbeiterschaft sichern. Nur wenn sie das tut, wird sie die Basis für eine vernünftige Außenhandels- und Zollpolitik schaffen.

Der Prozeß von Hasselsfelde.

Die Hauptbelastungszeugen gegen das Reichsbanner verlagen.

Braunschweig, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) Der „Landfriedensbruchprozeß“ in Hasselsfelde, der gegen 14 Angehörige des Reichsbanners geführt wird, begann am Freitag mit einer großen Lächerlichkeit. Die Kreisdirektion von Blankenburg am Harz hat nämlich unter Bezugnahme auf eine Verordnung aus dem Jahre 1850 angeordnet, daß in Hasselsfelde vom Donnerstag mittags 12 Uhr (das ist der Tag vor dem Prozeßbeginn) bis um Mitternacht desjenigen Tages, an dem das Urteil gefällt werden wird, kein Likör, Branntwein oder braunweinhähnliche Getränke verkauft werden dürfen. Damit ist der friedliche Höhenluftort Hasselsfelde, der 3000 Einwohner hat, für sechs Tage vollständig trockengelegt. Ein großes Aufgebot von Landjägern kontrolliert in den Läden und Wirtschaften, ob dieses Gebot auch eingehalten wird.

Die 14 Angeklagten, Angehörige der Ortsgruppe des Reichsbanners in Thale, die von den Rechtsanwälten Dr. Bärensprung-Tagdeburg und Philipp-Braunschweig verteidigt werden, machen durchweg einen guten Eindruck und geben übereinstimmend eine lebendige Schilderung der Vorfälle vom 5. September 1925. Die Ortsgruppe Thale war an diesem Tage mit mehreren hundert Mann nach Allrode marschiert, um dort an einer Kundgebung teilzunehmen. Während eines Fackelzuges wurde der Zug von dem Gehöft einer Gastwirtschaft mit Steinen bombardiert; zwei Schüsse fielen. Drei Reichsbannerleute schwanteten und brachen blutüberströmt zusammen. Die erbitterten Reichsbannerleute drängten dann gegen das Tor der Gastwirtschaft, um auf den Hof zu kommen. Dort fanden sie einen Landjäger in gemütlichem Gespräch mit mehreren Leuten. Der Landjäger wurde bedrängt, Fensterscheiben spalteten, Steine stiegen ins Haus, eine brennende Fackel wurde in ein Fenster geworfen. Der halb betrunkenen Wirt troch im Gastzimmer unter einem Tisch. Ein Bruder des Wirts troch auf dem Boden ins Heu. Ein anderer Bruder wurde von mehreren Mann niedergeschlagen, sprang dann aber über mehrere Jäune. Die Führer des Fackelzuges drängten schließlich die Waise zurück und forderten zum Abmarsch auf. Der Landjäger hat selbst den Hauptangeklagten bezeugt, daß sie als Führer alles getan hätten, um die Menge zu beruhigen und zurückzudrängen. Alles vollzog sich in einer Viertelstunde. Drei der Angeklagten haben sich in ärztliche Behandlung begeben müssen, da sie mehrere Verletzungen durch Stein-

würfe oder Schüsse erhalten hatten. Einer der Angeklagten hat einen Streifschuss unterhalb des linken Auges erhalten, so daß er während der eigentlichen Vorfälle gar nicht zugegen war, sondern seine Wunde kühlte. Trotzdem ist er mit angeklagt worden.

Von den zuerst geladenen 122 Zeugen sollen nur etwa 40 vernommen werden, auf die übrigen hat die Staatsanwaltschaft schon verzichtet. Die bisher vernommenen Zeugen bestätigen wohl alle die Zertrümmerung der Fensterscheiben und die stattgefundenen Schlägerei, können aber nicht sagen, daß die Angeklagten sich an diesen Dingen beteiligt hätten, so daß der Wahrheitsbeweis mit Rücksicht auf die Angeklagten von den Hauptbelastungszeugen noch nicht erhärcht ist.

Bayerische Bauern für die Republik.

Bauernbünde gegen Königsmacher.

München, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) Auf dem am Freitag in München abgehaltenen diesjährigen Parteitag des Bayerischen Bauernbundes, der nicht mit den heimischen Bauernvereinen zu verwechseln ist, legten sämtliche Redner, an ihrer Spitze der Bundesvorsitzende Reichstagsabgeordneter Eisenberger und der bayerische Landwirtschaftsminister Fehr ein bemerkenswertes Bekenntnis zur Republik ab. Eisenberger betonte, daß der Mittelstand gar kein Interesse habe, gegen die jetzige Staatsform Stellung zu nehmen. Der Bauernbund halte an den Farben Schwarzrotgold fest, Schwarzweißrot sei das Symbol des Militarismus und des kriegerischen Eroberungsgeistes.

Landwirtschaftsminister Fehr, der geistige Führer des Bauernbundes, erklärte, daß der Bauernbund unter allen Umständen bei der jetzigen Staatsform bleibe und er hoffe dringend, daß es nie gelingen werde, den alten Obrigkeitsstaat wieder einzuführen. Der Bauernbund stehe fest auf dem Boden des Parlamentarismus. Jene Kreise, die so sehr gegen den Parlamentarismus wettern, seien nicht selten die gleichen, die den Parlamentarismus für ihre Zwecke ausnutzen. Gerade bei den Parteien, die den Schutz der Nation in Erbpacht haben, sei in bezug auf Politik die größte Korruption vorhanden. Man müsse dem Rabinet Heß die Anerkennung zollen, daß es in seiner Amtszeit nie zu ernstlichen Konflikten mit dem Reich gekommen sei, wie zu Zeiten Kahrns und Knillings. Über den Vorwurf könne man ihm nicht ersparen, daß es ihm nicht gelungen sei, jene Kreise in Bayern niederzuhalten, die dauernd das bayerische Ansehen im Reich schmälern. Die Politik des Heimat- und Königsbundes, die von den Hoffgrößen in der Umgebung Rupprechts betrieben werde, sei im Grunde nichts anderes als platonische Phrasendrescherei. Es täme diesen Kreisen wohl nie darauf an, einmal ernstlich unter Einsatz ihres Lebens für ihre Ziele zu kämpfen. Von dieser Bewegung, die sicher nicht dazu beigetragen habe, die Sympathie der großen politischen Parteien für einen direkten Finanzausgleich zu erhöhen, hätte die Regierung Held rechtzeitig abrücken müssen.

In bezug auf die sogenannten äußersten Konsequenzen, die Ministerpräsident Held in der Frage des Finanzausgleichs gegen das Reich angedroht habe, äußerte Fehr, daß Bayern solche Konsequenzen gar nicht mehr ziehen könnte. Durch eine zu starke partikularistische Einstellung habe sich Bayern in einen toten Winkel hineinmanöviert lassen.

Regierung und Arbeitsschutzgesetz.

Dem Reichswirtschaftsrat überwiesen.

Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung eingehend mit dem Entwurf des neuen Arbeitsschutzgesetzes. Nach weiteren Ressortbesprechungen befachte sich das Reichskabinett unter dem Vorsitz des Reichsjustizministers abschließend mit dem Entwurf. Nach eingehender Aussprache fand der Entwurf die einstimmige Billigung des Reichskabinetts. Der Entwurf ist inzwischen bereits dem Reichswirtschaftsrat zugeleitet worden.

Erinnerungsfest für Verhaeren.

Von Reg Hochdorj.

Emil Verhaeren wurde am 27. November 1917 von einem Eisenbahnzug zermalmt. Das Unglück geschah mitten im Weltkriege, als der große Dichter vollkommen um seine Heimat und Arbeitsruhe gebracht war und friedlos durch die französischen Städte fuhr, um seinen Schmerz zu betäuben. Man hat viel darüber gegrübelt und geschrieben, ob Verhaeren, der in Deutschland so sehr geliebt wurde, durch die Ereignisse der Weltkriege zu einem Hasser Deutschlands geworden war. Es ist heute sicher, daß Verhaeren nach seiner ersten Erschütterung bald wieder zur großen allgemeinen Menschenliebe zurückkehrte und es auch bedauerte, sich zeitweise von seinen deutschen Freunden losgelöst zu haben. Heute ist all dieser Streit vergessen. Wir dürfen heute aber nicht in Deutschland vergessen, daß Verhaeren der wundervollste und mächtigste Sänger des Arbeitslebens gewesen ist. Er hat die großen Städte, aber auch die stillen Felder besungen und jederlei Arbeit verherrlicht. Das Kärn des Bodens und das Schmieden des Stahles.

Die Belgier schiden sich an, das Gedenkfest für Verhaeren feierlich zu begehen. Nach dem Kopf dieser Leute will man nur den Verhaeren kennen, der in seiner Verzweiflung zum Kriege aufgefordert hat. Man möchte mit der Leiche ein überpatriotisches Spiel veranstalten und den entseelten Körper in die Gruft legen, wie die Gebeine eines einmal lärmumtosten Feldherrn. Es hatte dieses Spiel schon begonnen, als man Emil Verhaeren im einstigen Kriegsgebiet Flanderns zwischen den gefallenen Soldaten besuchte. Damals meinte man und ließ es der Deffenlichkeit verdünden, daß dieser Soldat des Geistes auch unter den Soldaten, die das Vaterland verteidigten, begraben werden müsse. Nun, diese Spekulationen auf die politische und aufhehende Anziehungskraft eines Beinamns haben auch in Belgien nicht mehr viel Erfolg. Es siegte allein der Plan, den Sarg Verhaerens der flandrischen Erde zu entheben und ihn wieder beizusetzen im Geburtsort des Dichters auf einem Hügel bei St. Amant in der Provinz Antwerpen. Dieses Grab auf der Höhe soll dann die Wanderer anziehen, die ehrfürchtig einen Hauch von unsterblichem Geist Verhaerens verspüren möchten. Dieser Geist ist heute wirklich noch unsterblich. Wir erinnern uns daran, ein wie schlichter Mann des Volkes Verhaeren war. Er pflegte gerade in der Zeit, da sein Ruhm schon Europa erfüllte, gern zu Arbeitern zu sprechen. Am Rednerpult der Volkshäuser nahm er Platz, sein Evangelium von der Energie und der Menschenfreundlichkeit und der Lebensbejahung zu verkünden.

Das Bett der Dubarry. Den New-Yorkern wird angeblich eine besondere Sensation zuteil. In einem Möbelmagazin der Fifth Avenue wird das Originalbett der Kaiserin Königin Ludwig XV. aufgestellt. Das Bett ist Eigentum der französischen Schauspielerin Cecile Sorel, die in New York ein Gastspiel veranstaltete und dabei dieses Bett benutzen will (sie scheint also eine Zeitkünstlerin zu sein).

Romain Rolland über die Arbeiterfänger.

Im Auftrage der Bundesleitung des Deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes gab Genosse Dr. A. Guttman als künstlerischer Beitrag im Verlage des Deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes eine Sammlung gemischter Chöre heraus. Jeder Arbeiterfänger und jeder Chor wird die Herausgabe eines solchen Sammelwerkes als dringend notwendig für die Arbeiterfängerbewegung empfinden.

Nun hat die Bundesleitung an einzelne verdiente Männer, die für die Volksgesangskultur Bedeutendes geleistet haben, Ehrenexemplare dieser Sammlung als bescheidenen Dank für geleistete Kulturarbeit überreicht. Auch der französische Schriftsteller Romain Rolland bekam von der Bundesleitung eine solche Ehrengabe. Darauf erhielt Genosse Guttman als Verantwortlicher für die Herausgabe des Chorsammelwerkes ein Dankschreiben des Künstlers und Bagatisten Rolland.

Der Dankbrief Romain Rollands verdient wegen seiner Bedeutsamkeit, seines warmen und herzlichen Tones, und wegen seines Verständnisses für die Arbeiterfängerbewegung höchste Beachtung. Er lautet wörtlich:

Lieber Herr Alfred Guttman!

Nichts konnte mir größere Freude machen, als die Zuwendung Ihrer prachtvollen Chorammlung für den Deutschen Arbeiter-Sänger-Bund. Welch Museum von Meisterwerken! Und wie schön, zu denken, daß ein großes Volk mit Ihnen vertraut ist, daß es sich von ihrem Inhalt nährt, daß es, mehr als die bürgerlichen Klassen und die mondänen Dilettanten sich zum Sachwalter und Wächter dieser Schätze der Jahrhunderte gemacht hat! Preis der Masse, die auf ihren Schultern diese Kaisertrale von Tönen trägt! Und Ehre Ihnen und Ihren Kollegen vom Deutschen Arbeiterfängerbund, die Sie Ihrem Volke diese musikalische Bibel gegeben haben!

Ich drücke Ihnen die Hand und beplükwünsche Sie mit brüderlicher Zuneigung.

Ihr ergebener

Romain Rolland.

Gibt es ein schöneres Dokument von einem Großen unserer Zeit über die Arbeiterfängerbewegung? Ueber ihre Kulturarbeit? Das Urteil Romain Rollands wird nicht nur die Arbeiterfänger mit Stolz erfüllen, sondern darüber hinaus auch alle organisierten Arbeiter.

Die größte Baumwollenernte. Die amerikanische Baumwollenernte dieses Jahres erweist sich nach den neuesten Berichten als die reichste, die jemals in der amerikanischen Geschichte vorgekommen ist. Zum erstenmal übersteigt der Ertrag die Menge von 18 Millionen Ballen. Die Erzeugung wird jetzt auf 18.400.000 Ballen geschätzt. Aber große Gebiete in Texas und Oklahoma sind dabei noch nicht voll in Rechnung gestellt, da hier die Ernte noch nicht vollendet ist. Die Ausfuhrziffern wachsen von Woche zu Woche.

Der kaiserliche Stummel. In der „München-Augsburger Abendzeitung“ regt sich einer darüber auf, daß der in Dillingen erscheinende „Republikanische Weltatender“ ein „Gedicht“ enthält, in dem ein Mann seinem Sohn auf dem Sterbebett erzählt, wie er

einen von „Seiner Majestät“ im Manöver weggeworfenen Zigarettenstummel „jauchzend aus der Hölle hob, um ihn voll Ehrfurcht abzulecken“. Die letzte Strophe lautet:

„Und seit der beneideten Stunde
Wird er tagtäglich kalt geraucht.
Der Stummel lebt in meinem Munde,
Bis ich den letzten Hauch verhaucht.
Auch dir, Sohn, rat' ich: Gott vertrauen
Und, wie dein seliger Vater tat.
In diesem Stummel weiterlaufen —
Du wirst dann bald Geheimer Rat.“

Wer in dem Panoptikum der deutschen Hundeseele sich einigermaßen umgesehen hat, weiß, das dergleichen Abnormitäten sich nicht zu knapp ereignet haben. Nicht bloß das alte Rom kamme den vergötternden Byzantinismus. Es ist also kaum noch Satire, sondern fast Taubericht, was der Dichter vorbringt. Trotzdem glaubt die kaiserliche Zigarettenstummel zelebrierende Augsburgerin ein gutes Werk zu tun, indem sie den Dichter der Offensivität denunziert. Er heißt Edgar Steiger. Er kann von Glück sagen, daß er nicht mehr lebt, sonst würden ihm von der Hurrafanaille in München manch Kopf und zwar kein leerer an den Schädel gefeuert werden. Man kann freilich von einem in München gemachten Blatt nicht erwarten, daß es wisse, wer dieser noch seiner Ansicht nach lebende Kauz war, der im Durchwühlen von Komposthaufen Befriedigung findet. Wir wollen der München-Augsburger Unwissenheit etwas nachhelfen und ihr verraten, daß Edgar Steiger viele Jahre in München gewirkt hat, u. a. als Theaterkritiker in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ und später als Mitarbeiter am „Simplicissimus“. Durch seine frühere Tätigkeit an sozialdemokratischen Blättern war Steiger freilich prädisponiert zu solchen Brandmarkungen der Staubkledler. Schade, wirklich schade, daß er dieses föstliche Intermezzo nicht mehr erlebt hat. Er hätte seinem Cantus sicher noch eine Strophe hinzugefügt und der Abendzeitung gewidmet, die so heldenhart dafür eintritt, daß die nationalen Zigarettenstummel nicht blutspinnend werden.

Ein Häuptlingsgrab aus der Merowingerzeit. In der Nähe des Gutes Thalham in Oberbayern wurde ein Grabfeld aus der Merowingerzeit aufgedeckt. Bisher wurden 18 Gräber freigelegt. Es handelt sich aller Wahrscheinlichkeit nach um die früheste christliche Siedlung im bayerischen Innthal. Man ist auch bereits auf Spuren gestoßen, die auf eine christliche Kirche hindeuten. Unter den bisher erschlossenen Gräbern befand sich auch das eines Häuptlings oder Oberhauptes der hier angesiedelten Sippe. Das Skelett ruhte in einem Sarg, der auf Steinplatten auflag. Neben dem Skelett fanden sich Gürtelschnallen, Ohrringe und Dolch. Die Ausgrabungen werden fortgesetzt.

Eine Coerte-Maske. Zu Ehren des in die Akademie der Künste gewählten Dichters César Coerte findet Sonntag, vormittags 11^{1/2} Uhr, eine Matinee in der Kaufmann (Martin Bafferoogel), Reiziger Str. 26, statt. Abendnachmittags (Sonntag 3 Uhr) im Rosarthal ein Abendnachmittags der Ufa Hall. Das erste Programm enthält den Wärschenfilm „Tischlein bedeck dich“, und „Kelig, der Kaiser auf Abrungssuche“. Der Bauerfilm „Janta und die musikalischen Tönnis „Zwei Hugo“ folgen für Donnerstag.

Belfort Sax gestorben.

London, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) Genosse Belfort Sax ist heute hier 73jährig gestorben.

Ernest Belfort Sax war einer der Pioniere der sozialistischen Bewegung in England. Er war am 23. Juli 1854 in Seamington geboren. Frühzeitig wurde er durch die Lektüre zeitgenössischer Literatur, namentlich der Romane von Dickens so sozial empfunden geweckt. Siebzehnjährig erlebte er mit tiefer innerer Anteilnahme die Pariser Commune. Im Jahre 1880 wurde er dann als Assistent des Korrespondenten des Standard, Abel, nach Berlin berufen, das er aber nach einem Jahr schon wieder verließ. Als er nach England zurückkam, hatte Hyndman soeben seine „Democratic Federation“ gegründet, aus der sich die „Social Democratic Federation“ entwickelte. Sax wurde ihr Mitglied. Hier lernte er Most und Kropotkin kennen und begann, das „Kapital“ von Marx zu studieren, über das er einen Aufsatz in einer Monatschrift veröffentlichte. Das brachte ihm den Dank von Marx und kurz nach des Meisters Tode, die Bekanntschaft mit Friedrich Engels. In jener Zeit übersetzte er auch einige Hauptwerke von Kant ins Englische. Er wurde Herausgeber und Mitherausgeber verschiedener sozialistischer Zeitschriften, wie vor allem der „Justice“, wobei sich keine Wege mit denen Williams, Morris, Bernard Shaw, Sidney Webb u. a. begabte. Als Vertreter des englischen Sozialismus erschien er auf verschiedenen internationalen Kongressen. Seit mehr als vierzig Jahren war die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung ohne ihn nicht denkbar.

Sax war ein überaus fruchtbarer Schriftsteller. Neben Artikeln für Zeitungen und Revuen verfaßte er zahlreiche umfangreichere Schriften, so eine Geschichte der Philosophie, Bücher über Religion und Sozialismus, Ethik und Sozialismus usw. Verschiedene Schriften beschäftigten sich auch mit Deutschland, so eine mit der „deutschen Gesellschaft am Anfang des Mittelalters“, eine mit dem Bauernkrieg, eine — im Krieg erschienen — mit der „deutschen Kultur in der Vergangenheit und Gegenwart“, 1918 schließlich schrieb er seine „Reminiscences and Reflections“, seine „Erinnerungen und Betrachtungen“, die einen wertvollen Beitrag zur Geschichte des Sozialismus darstellen.

Die Internationale sieht in Belfort Sax eine ihrer ragenden Gestalten dahinsiechen. Sie hatte lange Zeit vor dem Kriege, als es in Deutschland und anderen Ländern schon starke sozialistische Bewegungen gab, in England nichts anderes gefunden, als eine unpolitische, dem Sozialismus fremd gegenüberstehende Gewerkschaftsbewegung und, von ihr abgeschieden, eine kleine Gruppe sozialistischer Theoretiker. Lange hat es gedauert, bis sich drüben jener geschichtlich bedeutende Prozeß vollzog, den der junge Marx einst in einer grandiosen Vision als die Vereinigung der Philosophie mit dem Proletariat geschildert hatte. Belfort Sax war ein Vertreter der Philosophie, zu der das englische Proletariat schließlich doch den Weg gefunden hat. Am Grabe dieses Mannes, der jahrzehntelang ein einsamer Kämpfer war, trauern heute Millionen.

Der Etat des Innenministeriums.

Beamtenfragen. — Zuschuß für die Bundeschule des Arbeitertums und Sportbundes.

In der am Freitag im Ausschuss für den Reichshaushalt fortgeführten Beratung des Nachtragsetats zum Reichsinnenministerium wurde der Antrag des Genossen Sollmann, der die Einsetzung eines namhaften Betrages in den Haushaltsplan für 1927 zur Behebung besonderer Notstände in der deutschen Kunst fordert, einstimmig angenommen. Im Anschluß an diese Position gelangten zwei Resolutionen zur Annahme, die für Beamte, welche verlegt werden sollen, von Bedeutung sind. In der ersten wird die Regierung ersucht, im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Zuständigkeit darauf hinzuwirken, daß die Länder die gegenwärtig bestehende Mangelhaftigkeit der Lehrpläne für die höheren Schulen mindern, da dieselben für Lehrer und Schüler beim Ortswechsel gleichmäßig große Nachteile haben. Die zweite Entscheidung, von der Bayerischen Volkspartei eingebracht, ersucht die Reichsregierung, den einzelnen Ressorts Anweisungen zu geben in dem Sinne, daß bei der Veretzung von Beamten an Orte mit höheren Bildungseinrichtungen die verheirateten Beamten, deren Kinder sich in der Ausbildung befinden, unter sonst gleichen Voraussetzungen den Vorrang erhalten.

Eine lang ausgefallene Debatte rief die Forderung der Regierung hervor, die im Hauptetat für 1926 bewilligten 35 000 M. zur Förderung der Beamtenwohlfahrt „um 65 000 M. zu erhöhen. Die Erhöhung wurde zunächst abgelehnt. Man behielt sich indes vor, nach Klärung einiger Zweifelsfragen auf die Angelegenheit zurückzukommen.

Bei der Position: Durchführung des Volkseinkommensentzugs der Fürstendörner 2,2 Millionen beantragte der Völkische Klub die Streichung der längst ausgegebenen Summe! Sein Antrag wurde gegen seine Stimme abgelehnt.

Der Antrag des Genossen Schred: Für die Bundeschule des Arbeitertums und Sportbundes in Leipzig 400 000 M. einzusetzen, brachte eine Fülle von Rednern auf den Plan und zeitigte mehrere ähnliche Anträge.

Genosse Schred stützte die Begründung seines Antrags auf eine beim Hauptetat für 1926 mit großer Mehrheit angenommene Resolution, nach der die Regierung ungehindert prüfen sollte, ob und in welcher Höhe für die Errichtung von Vorbildlichen Anlagen auf dem Gebiet des Turn- und Sportwesens Reichsmittel zur Verfügung gestellt werden können und gegebenenfalls diese Mittel im Nachtragsetat anzufordern. Die Regierung habe aber bisher nichts getan. Daher komme jetzt sein Antrag. Regierung wie Parteien hätten inzwischen anerkannt, daß die Arbeiter mit ihren lauer Zulohnungsbedingungen Großchen auf dem Gebiete des Turn- und Sportwesens Großes, ja geradezu Vorbildliches geleistet hätten. Die Annahme des Antrags sei daher ein Gebot der Gerechtigkeit. Von den Kommunisten ging der Antrag ein, den geforderten Betrag von 400 000 auf 700 000 M. zu erhöhen. Die Deutsche Volkspartei schlug vor, die 400 000 M. zwischen dem Turnhallengebäude auf dem Sportforum im Brunwald und der Bundeschule in Leipzig zu teilen. Damit war das Zentrum einverstanden unter der Voraussetzung, daß auch eine Sportschule in Münster 200 000 M. erhalte. Der Abg. Kube beantragte Einsetzung einer Summe von 500 000 M. in den Nachtragsetat und Verteilung dieses Betrags durch das Reichsinnenministerium. Nach lebhafter Debatte wurden alle Anträge an den Sparauschuss verwiesen.

In der Beratung über das sogenannte „D-Programm“, d. h. über die besonderen Maßnahmen zur wirtschaftlichen und kulturellen Förderung der östlichen Grenzgebiete Preußens wurde nicht eingetreten, weil zu diesem Zweck die Anwesenheit des Reichsfinanzministers gewünscht wurde. Dieser ist aber zurzeit ungeschick. Ebenfalls die Angelegenheit der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, für die die Anwesenheit des Reichsaussenministers unerlässlich ist, nicht behandelt werden, da auch der Reichsaussenminister von seinem Unwohlsein noch nicht hergestellt ist.

Kampfende in England.

Den Distrikten freie Hand gelassen.

London, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) Der sieben Monate dauernde große Kampf im britischen Bergbau ist mit den Entschlüssen der heutigen Delegiertenversammlung der Bergarbeiter zu Ende gegangen, soweit es sich um den vom Gesamtverband geführten Arbeitskampf handelt. In einzelnen Distrikten werden vielleicht die Kämpfe noch wochenlang fortgehen.

Die Delegiertenversammlung beschloß, entgegen dem ursprünglich geplanten Vorgehen, den Distrikten bei dem Abschluß der Arbeitsabkommen völlig freie Hand zu lassen. Infolgedessen müssen die Distrikte die Verträge ganz auf eigene Verantwortung abschließen. Der Verband wird allerdings keinem Abkommen die offizielle Billigung gewähren, das eine längere Arbeitszeit vorsieht oder sonst nicht den Grundsätzen entspricht, die die Delegiertenkonferenz am vergangenen Sonnabend aufgestellt hat. Praktisch bedeutet dieser Beschluß einen völligen Verzicht der Verbandsleitung auf irgendwelche Einflüsse bei den Distriktsverhandlungen. Die Zentrale des Verbandes wird nur dann eingreifen und Unterstüßungen und materielle Hilfe für einen einzelnen Distrikt gewähren, falls es in dem einen oder anderen Distrikt zu keinem Vertragsabschluß mit den Unternehmern kommt, der Distrikt infolgedessen die Fortführung des Kampfes beschließt und den Gesamtverband um Unterstützung ersucht. Die Delegiertenversammlung ist zu diesem Beschluß gekommen, weil ein Festhalten an ihren vor einer Woche beschlossenen Grundsätzen bei der Haltung der Unternehmer eine Wieder-aufrollung des Kampfes auf der ganzen Linie zur Folge gehabt hätte, wozu sich der Verband nicht mehr stark genug fühlte.

Die Konferenz nahm außerdem einstimmig eine ihr von der Verbandsleitung vorgelegte Entschließung an, in der sie ihre Entrüstung über die von den Unternehmern verschiedener Distrikte gemachten Vorschläge ausdrückt und die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Distrikte Nottingham, Bristol, Leicester, Kent und Somerset lenkt, wo sich die Unternehmer weigern, mit den Vertretern der Arbeiter zu verhandeln oder überhaupt zu verhandeln, che die Arbeiter zur Arbeit zurückgekehrt sind. Die Lage in diesen Kohlenrevieren ist noch sehr unsicher. Während täglich etwa 10 000 Arbeiter zur Arbeit zurückkehren, haben in diesen Distrikten die Verhandlungen überhaupt noch nicht begonnen oder sind wieder abgebrochen worden. In Schottland, Nordcumberland und Lanca-

shire sind Arbeiter und Unternehmer zu einer Verständigung gekommen. Die Abkommen bedürfen allerdings noch der Bestätigung der Distrikts-Delegiertenkonferenzen. Die erste dieser Delegiertenversammlungen findet am Sonnabend in Lancashire statt. Hier empfiehlt der Distriktsvorstand des Bergarbeiterverbandes eine Annahme der von den Unternehmern gestellten Bedingungen.

Die Arbeiterpartei hat beschlossen, im Parlament einen Mißbilligungsantrag gegen die Regierung wegen ihrer Haltung während des Kampfes im Kohlenbergbau einzubringen.

Verlängerung des Ausnahmezustandes!

London, 26. November. (W.B.) Im Unterhaus führte heute der Staatssekretär des Innern Johnson Hicks zur Begründung der von der Regierung beantragten Verlängerung der Notstandsmaßnahmen aus, es handle sich lediglich um eine Vorsichtsmaßnahme, die man hoffe, in einigen Tagen oder in ein bis zwei Wochen aufheben zu können. Von etwa einer Million Bergarbeiter hätten fast eine halbe Million die Arbeit wieder aufgenommen. Den Polizeibehörden sei die Ermächtigung erteilt worden, Versammlungen, die bereits genehmigt worden seien, wieder zu verbieten. Im Namen der Arbeiterpartei sprach sich C. Jones gegen eine Verlängerung der Notstandsmaßnahmen aus. Die Debatte wurde sodann vertagt.

Das Anwachsen der Arbeiterpartei.

London, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Nachwahlen in Howenshire, wo der konservative Abgeordnete wegen seiner Ernennung zum Gouverneur zurückgetreten war, brachte keine Veränderung. Für die Arbeiterpartei wurden jedoch 10 Prozent Stimmen abgegeben, trotzdem sie in diesem Bezirk zum erstenmal einen Kandidaten aufstellte und bis zum Beginn des Wahlkampfes keine Parteiorganisation gehabt hat.

Labour's Trauer um Krassin.

London, 26. November. (E.P.) Die Arbeiterpartei hat beschlossen, sich an der Bestattung Krassin durch den Abg. Landsburg und den ältesten Sohn Ramsay MacDonalds vertreten zu lassen. Die Delegierten der Grubenarbeiter von Südwesten haben an die Verwandten des Verstorbenen und an die Sowjetregierung Beileidstelegramme geschickt.

Heute Auswärtiger Ausschuss.

Dr. Stresemann erscheint vor dem Haushaltsausschuss.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages tritt am Sonnabend, den 27. November, zu einer neuen Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung steht die polnische Frage.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann wird heute sowohl im Haushaltsausschuss wie im Auswärtigen Ausschuss erscheinen, da er in beiden Ausschüssen zu den auf der Tagesordnung stehenden Fragen persönliche Stellung nehmen will. Im Haushaltsausschuss wird die Frage des Ankaufs der „D.M.S.“ durch die Reichsregierung behandelt werden.

Das Arbeitsgerichtsgesetz.

Sozialdemokratische Verbesserungsarbeit im Ausschuss.

Im Verlauf der Beratungen des Sozialpolitischen Ausschusses vom Freitag über das Arbeitsgerichtsgesetz konnten mehrere der von der Regierung angeforderten Verbesserungen gegenüber den Ergebnissen erster Lesung durch neue Anträge der Sozialdemokratie abgewehrt werden. Die Regierungsparteien hatten beantragt, daß die Kammer des Arbeitsgerichtes in allen Instanzen mit nur je einem Beisitzer der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer besetzt sein sollten. Durch den angenommenen Antrag der Sozialdemokratie werden die Arbeits- und die Landesarbeitsgerichte bei allen Kollektivstreitigkeiten mit je zwei Beisitzern tätig. Für das Reichsarbeitsgericht wurde gegen die Stimmen der SPD. und KPD. beschlossen, je einen Beisitzer zu nehmen. Die sozialdemokratischen Anträge, wonach bei Bestellung der Vorsitzenden die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gehört werden sollten, wurden von den bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Der in erster Lesung angenommene § 25a, der den Schutz der Arbeitsrichter gegen Maßregelung bestimmt, wurde durch einen Antrag der Regierungsparteien wieder wesentlich abgeschwächt. Daraus stellte die Sozialdemokratie den Antrag, Arbeitgeber, die solche Maßregelung vornehmen, mit Geldstrafen zu belegen, im Wiederholungsfall auf Gefängnis zu erkennen. Es war nach einer längeren Debatte möglich, wenigstens den ersten Teil dieser Strafbestimmung in das Gesetz hineinzunehmen. Bezüglich der Arbeitsrichterausschüsse wurde beschlossen, daß sie aus mindestens je drei Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen müssen. Das Berufungsalter für die Landesarbeitsrichter wurde auf 30 Jahre heraufgesetzt. Von grundsätzlicher Bedeutung ist, daß der sozialdemokratische Antrag auf Schaffung von Beisitzerausschüssen bei den Landesarbeitsgerichten angenommen wurde, während in erster Lesung diese Ausschüsse nur für die untere Instanz beschlossen worden waren.

Um den Begriff der wirtschaftlichen Vereinigung festzustellen, hatte die sozialdemokratische Fraktion beantragt, daß nur solche Berufsverbände (und ihre Spitzenorganisationen) anerkannt werden, die tariffähig sind. Für die Auslegung ist die Verordnung vom Dezember 1918 maßgebend. Die Angelegenheit wurde durch eine Regierungserklärung erledigt, wonach sich die Regierung sachlich auf den Boden des sozialdemokratischen Antrags stellt und die Begriffsbestimmung der wirtschaftlichen Vereinigung im kommenden Tarifvertragsgesetz entsprechend geben will. Bei den Verfahrensvorschriften sind gegenüber der ersten Lesung keine Änderungen materieller Art vorgenommen worden.

Der Ausschuss beabsichtigt, die zweite Lesung in der Sonnabend Sitzung zum Abschluß zu bringen.

Der Prager Mussolini-Dienst.

Sozialistischer Protest im Parlament.

Prag, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag kam es im Abgeordnetenhaus wegen des am Donnerstag erfolgten Verbots der Versammlung gegen den Faschismus zu einer großen leidenschaftlichen Kundgebung der deutschen Sozialdemokratie, deren Redner unter Zustimmung- und Protestrufen der deutschen wie der tschechischen Sozialdemokraten sowie der Kommunisten in gebührender Form feststellte, daß sich die tschechische Regierung zur Schutzherrin des italienischen Faschismus erniedrige, indem sie über Italien und Mussolini zu sprechen verbiete. Genossin Balabanoff wurde vor und nach der Donnerstagversammlung von der Polizei wiederholt in ihrer Prager Wohnung aufgesucht und bespitzelt. Der Prager Versammlungsausschuss folgen bereits Verbote von Balabanoff-Versammlungen in der Provinz.

Die polnische Landarbeiterfrage.

Warschau droht mit Vergeltungsmaßnahmen.

Warschau, 26. November. (W.B.) Die beiden offiziellen Regierungsblätter in Polen, das Blatt des Ministerpräsidenten Pilsudski „Glos Prawdy“ und das dem früheren Ministerpräsidenten Bartels nahestehende Blatt „Epoka“, beschäftigen sich beide mit der Frage der Ausweisung polnischer Arbeiter aus Deutschland. „Epoka“ behauptet, daß die deutschen Arbeitgeber mit diesen Arbeitern sehr zufrieden seien und sich nur dem Zwang der Regierung beugten, wenn sie sie entließen. Beide Blätter verlangen von der Regierung, daß sie mit Vergeltungsmaßnahmen antwortet. Diese Forderung kann jedoch dem Charakter der Blätter entsprechend nur im Einverständnis mit der Regierung gestellt worden sein.

Bei dem Problem der polnischen Landarbeiter in Deutschland handelt es sich um zwei verschiedene Dinge. Einmal um die Wanderarbeiter, die jährlich aus Polen nach Deutschland kommen, um am Ende der Erntearbeiten wieder in die Heimat zurückzukehren. Deren offizielles Kontingent betrug für 1926 130 000, es ist angelehnt der deutschen Erwerbslosennot für 1927 auf 100 000 heruntersetzt worden. Zum anderen aber handelt es sich um einige tausend polnische Familien, die sich in Deutschland schon seit vielen Jahren aufhalten, die mit ihrer Existenz in Deutschland verwurzt sind und die zum Teil wegen ihres Kinderreichtums nur schwer umgesiedelt werden können. Darf man nun von der polnischen Regierung Verständnis dafür verlangen, daß Deutschland bei seiner Massenarbeitslosigkeit einen ungehemmten Zugang ausländischer Arbeiter nicht vertragen kann, so muß man ihr doch das Recht zubilligen, die in Deutschland seit vielen Jahren lebenden Polen vor sozialen Härten zu schützen. Man muß vor allem damit rechnen, daß sich die polnische Regierung dieses Recht nimmt und daß sie durch die Drohung mit Gegenmaßnahmen die Ausweisung jener hier anlässlich gewordenen polnischen Familien zu verhindern bestrebt sein wird. Käme es dann zu keiner Verständigung, so wäre die Folge die, daß aus Deutschland polnische, aus Polen deutsche Familien vertrieben und Zehntausende von Menschen hüben und drüben ins Elend gebracht würden. Im Interesse dieser Menschen muß gefordert werden, daß beide Regierungen zu einer Verständigung miteinander gelangen, die auf wirtschaftliche Notwendigkeiten Rücksicht nimmt und von den Geboten der Menschlichkeit diktiert ist.

Parlamentsbeginn in Griechenland.

Eröffnungsbotschaft des Staatspräsidenten.

Athen, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag vormittag um 11 Uhr wurde das neugewählte griechische Parlament eröffnet. Ministerpräsident Kondylis verlas eine Botschaft des Präsidenten der Republik, in der festgestellt wird, daß die Wahlen ordnungsgemäß verlaufen sind und das Parlament nunmehr ein wirkliches Bild der Volksstimmung gebe. Die größte Aufgabe, die den Abgeordneten bevorstehe, sei die Regelung der Staatsfinanzen. Erst dann werde der Staat die Ansiedlung der kleinasiatischen Flüchtlinge vollenden, und den sozialen Räten entgegenwirken können.

Im Sinne des alten Führers.

Aber in welchem Sinne?

Der neue Chef der Heeresleitung, General Heene, hat die Reichswehrtruppen der Garnison Stuttgart beauftragt. Er hat die Offiziere und Mannschaften ermahnt, „im Sinne des alten Führers fortzuwirken“. Im Sinne Seckts — das ist ein verständliches Wort. Welchen Seckt mag er meinen? Den Seckt, der die Verbindung mit den Wehrverbänden duldet und mit Tschitscherin auf die deutsch-russische Allianz beim Seft frühstückte — oder den Seckt, der auf Hitler und Ludendorff bei der Feldherrnhalle schloß? Den Seckt, der den Kronprinzensohn protegierte, oder den Seckt, der die Diktaturschwärmer ablaufen ließ?

Taten — nicht Rundschreiben!

Die Not steigt; wann steigt das Notgesetz?

Der Schrei des Reichsarbeitsministers nach den Staatsanwälten und sein Appell an die Sozialministerien der Länder, im Kampf gegen das Ueberstundenwesen fester zuzupacken, haben vor aller Öffentlichkeit bestätigt, daß in der Frage der Arbeitszeitverkürzung Recht und Vernunft auf Seiten der Gewerkschaften stehen. Die Situation ist geklärt: Niemand kann mehr bestreiten, daß trotz riesiger Arbeitslosigkeit die Unternehmer maßlos und unverantwortlich von der Arbeiterschaft Ueberstunden fordern. Mehr bedeutet der erste Schritt des Reichsarbeitsministers nicht; denn weder die Staatsanwälte noch die Gewerbeaufsichtsbeamten können das Problem meistern.

Staatsanwälte und Gewerbeaufsichtsbeamte können höchstens die Ueberforderungen der bestehenden Arbeitszeitbestimmungen bekämpfen und auch das werden sie, wie die Dinge nun einmal liegen, zunächst nur in unzulänglicher Weise schaffen können. Aber selbst wenn sie die Einhaltung der bestehenden Bestimmungen erzwingen könnten, so genügt das nicht. Die bestehenden Bestimmungen müssen durch neue ersetzt werden, die der durch die Rationalisierung und Arbeitslosigkeit geschaffenen neuen Situation gerecht werden. Neue Dämme zur Eindämmung des Ueberstundenwesens und zur Verkürzung der Arbeitszeit sind notwendig, nicht aber lediglich die Festigung und Wiederherstellung der alten Bestimmungen. Das aber kann nur durch ein Notgesetz erreicht werden.

Die Arbeiterschaft wartet auf dieses Gesetz. Die Regierungsparteien zögern, dem ersten Schritt des Arbeitsministers, d. h. dem Erlaß an die Sozialministerien, nun konsequent den zweiten Schritt, nämlich das Initiativgesetz zur Beseitigung des Ueberstundenwesens und zur Wiederherstellung des Achtstundentags folgen zu lassen. Will man erst die Erhebung der Reichsarbeitsverwaltung über die Arbeitszeit abwarten? Bis diese Erhebungen, bei denen es sich um Stichproben in etwa rund 3000 Betrieben verschiedener Industrien handelt, abgeschlossen sind, werden noch vierzehn Tage vergehen. Was können schließlich die Erhebungen Neues bringen? Was die Stichproben der Gewerkschaften über das Ueberstundenwesen festgestellt haben, muß doch auf jeden Menschen mit fünf gesunden Sinnen geradezu niedererschmetternd wirken.

Überall im Reich, in Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Bremen, Westfalen, Rheinland, Sachsen, Württemberg, Hessen, Bayern daselbe trostlose Bild: Zehntausende von Ueberstunden werden über 54 Wochenarbeitsstunden hinaus geleistet, während Tausende von Arbeitslosen am Ort oder in unmittelbarer Nähe der Betriebe das bittere Brot der Erwerbslosenunterstützung essen müssen. Auf fünf Kollanlagen des Werragebietes machen die Belegschaften bei zehn- bis zwölfstündiger Arbeitszeit pro Tag noch drei bis vier Ueberstunden! In 51 Betrieben der Papiererzeugungsindustrie bei zwei Schichten von je zwölf Stunden ebenfalls nebenher noch zahlreiche Ueberstunden! In 155 Schuhfabriken wöchentlich nicht weniger als 86 067 Ueberstunden usw. usw. In der Lederindustrie, im Baugewerbe, in der Textilindustrie, Metallindustrie, Keramischen, Margarine und Zuckerindustrie — überall dieselben aufreizenden unerträglichen Zustände! Es braucht nicht erst noch bewiesen zu werden, daß es brennt; die Rettungsaktion muß einsetzen. Nicht ein paar verbindliche Gesten, sondern Taten sind notwendig. Taten, Taten sofort! Die Not steigt, wann steigt das Notgesetz?

Keine Erhöhung der Beamtenbezüge.

Nur eine einmalige Zuwendung.

Der Reichsminister für Finanzen empfing am Freitag nachmittag die Vertreter der Spitzenverbände der Beamten- und Behördenangestellten, die ihm ihre Wünsche für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Beamten vortrugen. In einer anschließenden Aussprache wurden die gegebenen Möglichkeiten erörtert. Der Minister konnte zwar eine von den Organisationen gewünschte laufende Erhöhung der Bezüge nicht in Aussicht stellen, sagte aber zu, mit den Vertretern der Länder und der Reichstagsparteien in Besprechungen darüber einzutreten, wie etwa durch eine einmalige Maßnahme die Notlage der Beamten gemildert werden könnte. Die Verhandlungen sollen so beschleunigt werden, daß noch vor Weihnachten ein abschließendes Ergebnis vorliegt.

Wie wir hören, nahmen an dieser Besprechung, die mehrere Stunden dauerte, Vertreter des Deutschen Beamtenbundes, des Reichsbundes der höheren Beamten, des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, des Ringes Deutscher Beamtenverbände und ein Vertreter der Behördenangestellten teil, die alle auf die Notlage der Beamten hinwiesen und eine Erhöhung der laufenden Bezüge forderten. Sie wiesen dabei hauptsächlich auf die Notlage in den unteren Beamtengruppen hin, die einer dringenden Aufbesserung bedürften.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund teilt uns dazu noch mit, daß nach seinen Informationen die in Aussicht genommene einmalige Zulage anlässlich des Weihnachtsfestes in ähnlicher Weise

wie im vorigen Jahr gewährt werden soll. Allerdings dürften nicht nur die unteren und mittleren, sondern darüber hinaus auch die höheren Gruppen bedacht werden. Der ADB vertritt die Auffassung, daß die geplante Maßnahme völlig unzulänglich ist.

Fort mit Siemens!

Und mit dem System Siemens.

Aus Kreisen der Eisenbahnbeamten wird uns geschrieben:

Die Reichsregierung würde wirklich schlecht beraten sein, wenn sie, wie es heißt, den zur Freude aller Eisenbahner hinausgelassenen Herrn v. Siemens wieder als Mitglied des Verwaltungsrats der Reichsbahngesellschaft ernennen würde. Man braucht nur daran zu erinnern, welche unnötige Erbitterung durch das sprichwörtlich gewordene System Siemens in die Beamten und Arbeiter der Reichsbahngesellschaft hineingetragen worden ist, um es trotz allem als unwahrscheinlich zu empfinden, daß ausgerechnet Herr v. Siemens wieder in Vorschlag gebracht werden soll.

Nach allein den Beamten und Arbeitern der Reichsbahngesellschaft gegenüber hat es Herr v. Siemens darauf angelegt, es zu Konflikten zu treiben. Die Reichsregierung hat jedoch zweimal einen harten Strauß ausgehten müssen, um nicht gegenüber der Diktatur des Verwaltungsrats die Flagge zu streichen. Gerade dem Einfluß des Herrn v. Siemens ist es zu danken, daß die Reichsbahngesellschaft sich weigerte, die Verbindlichkeit eines Schiedsspruchs anzuerkennen. Es ist charakteristisch für die Denkwürdigkeit dieses Herrn v. Siemens, daß er es für gut fand, den Versuch zu machen, die Eisenbahner sozial außerhalb der deutschen Gesetzgebung zu stellen. Ebenso diktatorisch wurde vorgegangen, als es sich um die Nachfolgerenschaft Dejers handelte.

Die Konflikte mit dem Reichstag wollen nicht abreißen. Unter der Leitung und auf Drängen des Herrn v. Siemens ist man systematisch daran gegangen, nicht nur ohne jede Rücksichtnahme den Abbau der Beamten und Eisenbahnarbeiter vorzunehmen, sondern sich auch über alle Beschlüsse des Reichstags und über alle wohlverordneten Rechte der Beamten hinwegzusetzen. Wertvoller Besitz der Reichsbahngesellschaft ist durch Stilllegung großer moderner Werkstätten verschleudert worden, um die Aufträge für teures Geld der Privatindustrie zuzuschicken.

Dieses ganze System, das man in Eisenbahnerkreisen kurz das „System Siemens“ nennt, hat schon zu lange gedauert. Die Eisenbahnbeamten und die Eisenbahner im allgemeinen würden es als eine Herausforderung empfinden, wenn man ausgerechnet zugunsten des Herrn v. Siemens „corrigere la fortune“ würde.

Die Aussperrung in Sachsen und Thüringen

Die Unternehmer sind kampflustig.

Gera, 26. November. Der Sächsisch-Thüringische Webereiverband teilt mit, daß zum Schutze der in Gera und Berga bestreikten Firmen am Sonnabend mit Arbeitsluß die Aussperrung auf die Bezirksgruppen der Kammerweberei Bogtland sowie die Ortsgruppen Elsterberg, Ronneburg, Weida und am Montag auf die Betriebe der Ortsgruppen Meerane, Glauchau, Pörsch und Neustadt ausgedehnt wird. Die Aussperrung werde aufgehoben werden, sobald die Arbeiter der Firmen Schulpburg und Böhler in Gera und Ernst Engländer in Berga a. d. Elster zu ihren Arbeitsstätten zurückkehren.

Um den internationalen Achtstundentag.

Zustellungen durch Genf.

Paris, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) Die vom Internationalen Arbeitsamt in Genf eingesetzte Kommission zur Bereitung der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag ist am Freitag in Paris unter dem Vorsitz des polnischen Delegierten beim Völkerbund, Sotai, zusammengetreten. Der Kommission, die 12 Mitglieder umfaßt, gehören vier Regierungsvertreter aus Spanien, Großbritannien, Italien und Polen an, vier Vertreter der Arbeitgeber, nämlich Vogel für Deutschland und je einer aus Frankreich, Großbritannien und Südlamien und schließlich vier Vertreter der Arbeitnehmer: Müller - Deutschland, Jouhaux - Frankreich, Poulton - England und Dudgeest - Holland.

In der ersten Sitzung wurde vor allem die jetzige Gesetzgebung über die Arbeitszeit in den verschiedenen Ländern geprüft. Die Kommission beschloß, eingehende Unterlagen über die Arbeitszeit in den einzelnen Ländern aufstellen zu lassen, die der Kommission in ihrer nächsten Sitzung, die im Januar in Genf stattfindet, vorgelegt werden sollen.

Frankreich wartet auf Deutschland.

Um das Washingtoner Abkommen zu ratifizieren.

Paris, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Vorstand des französischen Gewerkschaftsbundes hat beschlossen, für Sonntag die Delegierten sämtlicher Gewerkschaften in den einzelnen Bezirken zusammenzubersuchen. Auf der Tagesordnung stehen zwei wichtige Fragen: der Schutz des Achtstundentages und die Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens durch Frankreich sowie die beschleunigte Verabschiedung der

Sozialversicherungsgesetze durch die beiden Kammern. Ueber beide Fragen und besonders über die Verschleppung der Sozialversicherungsgesetze durch den Senat hat der sozialistische Abgeordnete Lebas bereits vor einigen Tagen in der Kammer an den Arbeitsminister eine Anfrage gerichtet. Dieser antwortete ausweichend und erklärte, die Sachverständigen seien mit ihren Berechnungen noch nicht zu Ende; was das Washingtoner Abkommen anbelange, so warte man darauf, daß Deutschland es ratifiziere. Abg. Lebas wies darauf hin, daß die französische Kammer dieses Abkommen bereits einstimmig angenommen habe, während der Senat die Ratifizierung seit Monaten hinauszöge.

Berliner Handseher, an Euch ergeht der Ruf!

Aus Buchdruckerkreisen wird uns geschrieben:

Die durch die letzten Verbandstagsbeschlüsse zugelassene Bildung von Handsehervereinigungen innerhalb des Verbandes der Deutschen Buchdrucker hat auch in Berlin zur Gründung einer solchen geführt. In der Handseherversammlung am 26. Oktober ist eine siebenköpfige Kommission mit der Ausarbeitung der Satzungen beauftragt worden. Die Kommission hat diesen Auftrag ausgeführt und der Gauvorstand hat die Berliner Handseher zum Sonntag, den 28. November, vormittags 10 Uhr, im kleinen Saal der „Neuen Welt“ zu einer beschließenden Versammlung aufgerufen und den Bericht der vorbereitenden Kommission, Beratung und Genehmigung der Satzungen und Wahl des Vorstandes auf die Tagesordnung gestellt.

Da gilt es für jeden Kollegen, dem die Handsehervereingung eine ernste gewerkschaftliche Angelegenheit ist, zur Stelle zu sein und im gleichen Sinn auf seine Mitarbeiter einzuwirken. Diese Versammlung ist in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung entscheidend für die künftige Wirksamkeit der Vereinigung und für die Erwartungen, die auf sie gesetzt werden. Die Vereinigung kann nur fruchtbringende Arbeit leisten, wenn sie auf die geschichtlichen Erfahrungen der deutschen Gewerkschaftsbewegung und unserer Mutterorganisation, dem Verbands der Deutschen Buchdrucker aufgebaut wird, im Einvernehmen mit den Organisationsinstanzen zu den besonderen Fragen der Handseher unbeeinflusst und frei in ihren Entscheidungen Stellung nehmen kann.

Für die Notwendigkeiten ist auf dem kommunistischen Flügel der Arbeiterbewegung wie immer auch hier kein Verständnis vorhanden. Die „Rote Fahne“ und der „Graphische Blod“ sprechen sich gegen die Handsehervereingung aus und bezeichnen den Glauben an die Zweckmäßigkeit der Handsehervereingung als Spornsimpelei und als eine Illusion. Wozu ihnen aber auch die Handsehervereingung gut genug ist, sagt der „Graphische Blod“, indem er ausführt:

„Wenn die Ereignisse in Berlin dazu führen sollten, der Handsehervereingung im ganzen Reich einen neuen Impuls zu geben und einen neuen Zeitgedanken in der Richtung des Kampfes gegen die von der Rationalisierung den Handsehern zugefügten besonderen Schäden, so würden sich die Handseher damit ein Verdienst erwerben um den Verband der Deutschen Buchdrucker, der damit in eine neue Epoche wirklicher gewerkschaftlicher Tätigkeit gedrängt würde.“

Das haben wir erwartet. Die Handsehervereingung soll erst ins Leben treten und schon verlangt man von ihr den Kampf gegen den Verbandsvorstand, gegen die Organisationsinstanzen, gegen die Politik der Gewerkschaften, gegen alles, was nicht kommunistisch tanzen will. Nur wer die Handsehervereingung isolieren will, kann diesen Gedankengängen folgen. Deshalb darf morgen keiner schlen, dem es ernst ist um die junge Vereinigung, die wir doch nicht geschaffen haben, um den Kommunisten einen neuen parteipolitischen Lummelplatz zu bieten, sondern um unsere Interessen im Verbands der Deutschen Buchdrucker nachdrücklich zu vertreten.

Im Lohnstreit der Frankfurter Straßenbahner wurde am Mittwoch ein Schiedsspruch gefällt, der eine Stundenloohnerhöhung von 2 bis 3 Pfennig vorsieht. Die Erklärungsfrist läuft bis Sonnabend mittag. Wie verlautet, werden die Arbeitgeber den Schiedsspruch ablehnen.

SPD-Fraktion der Buchdrucker. Heute abend 7 1/2 Uhr finden folgende Bezirks-Fraktionssitzungen statt: 2. Bezirk bei Jesterl, Sonnenstr. 1a; 4. Bezirk bei Geipel, Nützenweg, Kranzengasse 47; 9. Bezirk bei Reimer, Wilmsdorfer Str. 11; 2. Bezirk: Donnerstag, 2. Dezember, 7 1/2 Uhr, bei Rupp, Danksage Str. 11.

Jugendgruppe des ADG. Heute, Sonnabend, 8 Uhr, Abends im Hortoosaal des Bezirksamtes Kreuzberg (Hofstraße), Vorsitz: H. Zur Vorführung kommen Filme, die die Gefahren der Arbeit zeigen: Die Verfassung des Hartkristalles, „Wie sah der Tannenbaum in Papier veranbelt“, „Nischen und Bearbeitung von Metall“, „Wunder der Zellulose“, „Der Radiostrom“ (Zusatzfilm). Dazu Aufsätze, Eintritt 40 Pf. Wir erwarten zahlreiche Besuch, auch der Eltern unserer Jugendmitglieder.

Deutscher Gewerkschaftsbund, Fachgruppe der Köpfer. Montag, 29. November, 5 Uhr, in den Reibens-Festhallen, Gendebener Str. 11, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zum Ablauf des Lohnabkommens und des Tarifvertrages. Mitgliedsbuch ist vorzulegen. Restloses Erscheinen aller Kollegen erwünscht. Die Fachgruppenleitung.

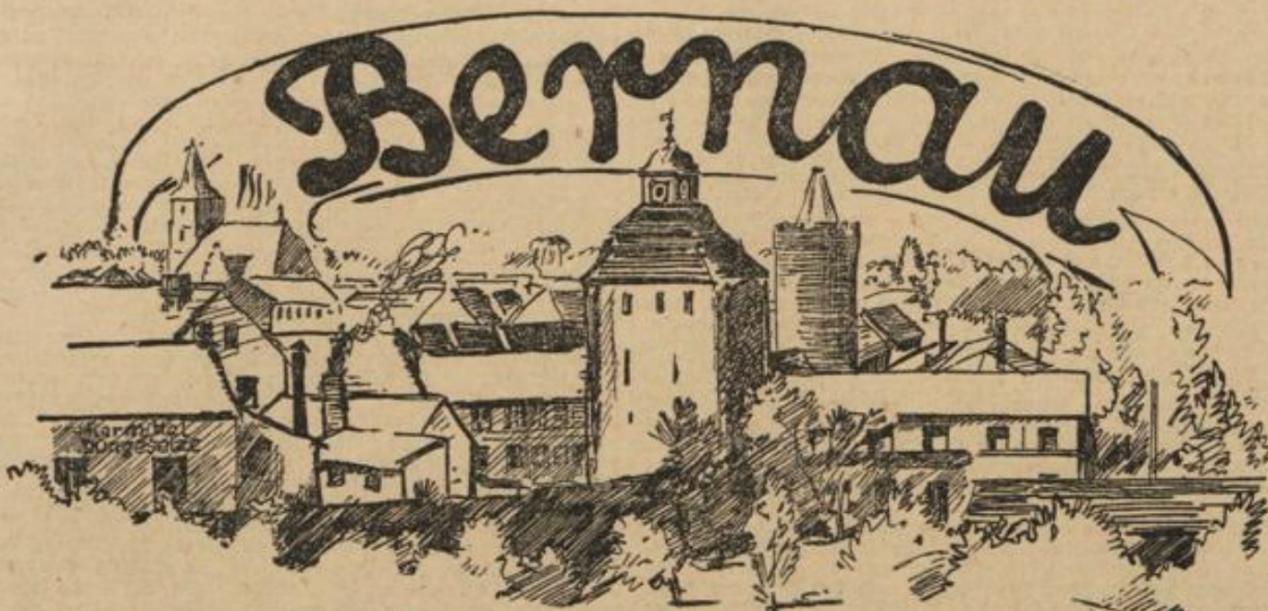
Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Sonnabend, 7 1/2 Uhr, pünktlich, im Ginkosaal des WSA-Ortsamtes, Engelstr. 24-26, 4 Tr., Arbeitskreis der gewerkschaftlichen Jugendfunktionäre. Thema: „Lehrerzweckstätten — Schulwertstätten“.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: Walter Göttrich; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Göttrich; Revue: A. G. Fischer; Lokales und Sonstiges: Fritz Karst; Parteien: Th. Glöck; Familie in Berlin, Berlin; Formärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Formärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Siegel 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.



Alle Moden überdauernd ist seit Jahrzehnten die **KÖNIGIN VON SABA** Die Lieblingszigarette der Berliner Selbst ein Ur-Berliner Kind, ist sie, getragen von der Wertschätzung der werktätigen Bevölkerung aller Berufsstände und Dank Ihrer stets gleichen **QUALITÄT** Die volkstümlichste Zigarette.

Wie märkische Kleinstädte aussehen:



Eine große Zahl von Berlinern wird auf die Frage: Kennen Sie Bernau? antworten: Na, gewiß doch, ich bin schon gmal durchgefahren. Und eine gleich große Anzahl wird beteuern, daß es ein famozer Platz sei, von dem man wunderschöne Ausflüge in die nördliche Waldgegend machen könne... ein kleiner Teil der Gefragten wird seine Unkenntnis offen eingestehen. Nun, dem „Durchgeeilten“ wie dem „Nichtkenner“ wird man den Rat geben können, das bisher Versäumte nachzuholen: an keinem anderen Ort in der Umgebung Berlins wird ihm das Wesen der alten wahrhaften Kleinstadt so eindringlich zu Gemüte geführt wie in Bernau. Ein paar Stunden vergehen im Fluge und die bequeme Verbindung mit der elektrischen Vorortbahn ist nicht nur dem Eiligen willkommen.

Der alte Stadtcharakter.

Wenn man nach der Ursache forscht, wie ein nur drei Meilen von Berlin entferntes, mit der Kleinstadt durch zweimal fünfzig Züge verbundenes Städtchen seinen Kleinstadtcharakter so unerfälscht erhalten konnte, so ergibt sich die Antwort aus dem Fehlen der Industrie. Gleich hinter Blankenburg hört der großstädtische Einschlag auf; man erblickt wohl noch zerstreute Siedlungen, aber das freie Land herrscht vor. Und auch der massive Wald fehlt, ebenso ein breites Wasser — die von Bernau kommende Pante ist doch nur ein Bach! —, und so legt sich zwischen Berlin N. und Bernau ein Gürtel postleier Ackerfläche, die dem Ueberegreifen Berliner Sensationen und — Gleichmüdigkeiten im Wege steht. Als Wohnort für Leute mit bescheidenem Einkommen hat sich Bernau allmählich zu einer Bevölkerungszahl von rund 10 000 aufgeschwungen; ein gut Teil davon sind Arbeiterfamilien, deren Oberhäupter nach Berlin zur Arbeit fahren. So ist in gewisser Hinsicht Bernau doch tributpflichtig geworden, aber andererseits hat es der Verjudung widerstanden, sich zum Sklaven des auf „Betrieb“ und kapitalistische Bodenausnutzung bedachten Berliner Geistes zu machen. Obgleich Endpunkt einer Vorortverkehrslinie, ist es kein Vorort Berlins geworden. Eine freundliche Stille umfängt den Besucher, und die „Spione“, die an den Fenstern angebrachten Spiegel, belehren den Eingeborenen, daß „Fremde“ da sind, die sich die altertümlichen Häuser und Mauern ansehen.

Sieht man von der Sage ab, daß Bernau 1142 begründet sei, so findet man als erstes beglaubigtes Datum die Nachricht, daß Bernau mit dem Barnim 1225 zur Mark gekommen sei; 1232 empfing der Ort das Stadtrecht. Sein durch seine Wehrhaftigkeit geschütztes Aufblühen beruhte auf seinem Braugewerbe, das nach

dem Dreißigjährigen Kriege bedeutend war: 1669 wurden in Berlin noch 4328 Tonnen Bernauer Bier eingeführt. Von den damals geübten Brausitten mag die „Bierprobe“ erwähnt werden: Bürgermeister, Rats- und Brauherren legten sich, mit hochledernen Hosen besetzt, auf Schemel, die mit dem zu erprobenden Bier begossen waren. Nach ausgiebigem Trinken mußten die Hosen an dem Schemel kleben bleiben — dann hatte das Bier die Probe bestanden. Auch bei der Hussitenplage 1432 spielte das Bier eine gewichtige Rolle: volle Krüger, deren Inhalt durch Zusatz von Stachelwurz, Bilsenkraut und anderem vergiftet worden war, wurden zu den Toren hinaus-



Der Weg um die Stadtmauer.

gelassen; der Feind berauschte sich daran und so konnten die Bernauer Bürger einen Ausfall wagen, zumal das Entlastungskorps Friedrichs I. von Spandau her eingetroffen war. Die Niederlage der Hussiten war eine vollständige, das Hussitenfest und das kleine Hussitenmuseum haben die Erinnerung an diese Tat festgehalten. Die Zahl der damals befehligen Brauereien wird auf 32 angegeben; daß das Bier für gut angesehen wurde, bezeugt der Reim:

„Doch wer Bernau'sch Bier verachtet,
Der ist wert, daß er verachtmet.“

Aber allmählich ist das Gewerbe dahingesunken, und wenn heute ein Bernauer Bier trinkt, so ist es kein Bernauisches. Der Sieg über die Hussiten war für Bernau um so wichtiger, als kurz vorher, 1406, ein großer Brand fast die ganze Stadt zerstört hatte. Im 16. Jahrhundert haulte die Pest in Bernau; 1110 Personen wurden 1516 von der Seuche hingerafft. Andererseits konnte die Stadt 1611 dem Berliner Kammergericht eine Zuflucht gewähren, als es aus Berlin wegen der dort herrschenden Pest flüchtete. Aus jener an der Reichszeit sei noch erwähnt, daß am 22. April 1542 der Dichter Rollenhagen hier geboren wurde, dessen Gedicht vom „Froschmäuleler, der Frosch und Käse wunderbare Hofhaltung“ von Literaturhistorikern noch gebührende Beachtung geschenkt wird. Bernau gehört also zu den wenigen märkischen Kleinstädten, die „Berühmtheiten“ herorgebracht haben.

Das Stadttinnere.

Schreiten wir nun aus dem Dunkel der Geschichte in das helle Licht des Tages, klettern wir vom hochgelegenen Bahnhof herunter, so stehen wir beim Austritt vom Bahnhof vor einem Wunder: ein großer farbiger Stadtplan zieht unsere Blicke auf sich. Die Freude, eine oft erhobene Forderung erfüllt zu finden, läßt über einige Mängel hinwegsehen. Daß der Plan aus neuerer Zeit stammt, lehrt der Name Eberstraße, den die rechte Hälfte der Kaiserstraße führt. Vom Bahnhof rechts an der Post und der 1908 fertiggestellten, an die bekannte Berliner Massenfabrikation erinnernde katholische Herz-Jesu-Kirche vorbei, gelangen wir zum Königstor, das der wohlhaltenen Stadtmauer so recht den Halt gibt, da es mit dem vom Sternhennest geschmückten Wasserturm ein architektonisches Ganzes bildet. In ihm befindet sich das Hussitenmuseum; seine spitz zulaufende Durchfahrt gewährt Einblick in die den Ort ganz durchschneidende Berliner Straße. Diese verfolgen wir bis zur Bürgermeisterstraße, die uns zum Markt führt. Rechts das einfache, aber durch die Freitreppe architektonisch gehobene Rathaus, dem gegenüber einige weniger glücklich modernisierte Häuser sich befinden. Ältere Bauten befinden sich um den Markt herum, in der Grünstraße — Blick auf den Pulverturm — und Tuchmacherstraße. Hinter dem Häuserblock westlich vom Markt die stattliche Marienkirche, eine dreischiffige gotische Hallenkirche, die an der Nordseite ein viertes Schiff aufweist. Dort ein Rundbogenportal von dem 1341 vollendeten alten Bau. Durch Feuer im 15. Jahrhundert zerstört, wurde die Kirche dann in Backstein in größerem Ausmaße wieder aufgeführt. Eine Erneuerung fand 1845/46 statt, wobei gleichzeitig der nicht glücklich wirkende Turm hinzugefügt wurde. Im Innern der Kirche ein gotischer Altar mit reichem Schnitzwerk und vielen Bildern aus der biblischen Geschichte. Ferner Sakramentshäuschen, Taufstein, Gedächtnistafel und Gemälde. Die bedeutende Vergangenheit Bernaus spricht sich in diesen Worten aus.

Und nun zum Schluß der Rundgang um die Stadtmauer. Bald gepflastert, bald nur sandiger Weg, läuft eine innere Straße an ihr entlang, und ältere und neuere Porten sichern den Anliegern bequemen Zugang zu ihren draußen gelegenen Wäldern. Der Uebelstand, daß der sandige Teil, rechts vom Königstor nach Eintritt in die Stadt sich hinziehend, nach Regenwetter nur einen wenig erfreulichen und für Damenholtschuhe recht unliebsamen Balanciergang gestattet, sollte vom Magistrat nicht gebuddelt werden. Die stille Poese solcher historischen Stätte braucht nicht durch modernen Schmutz noch „echter“ gemacht zu werden.

Hat Bernau eine Zukunft? Zurzeit ist es ein Ackerstädtchen, das sich vor den meisten märkischen Orten dadurch auszeichnet, daß zwei Drittel seiner Bevölkerung linsgerichtet ist. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zählt 150 Mann, ein gutgehender Konsumverein mit schönem Laden macht Propaganda „durch den Magen“. Arbeiterturnverein und Radfahrverein besteht; die Stadt verfügt über einen großen Sportplatz. Geistige Genüsse muß Berlin beibringen, was ja auch leicht möglich ist. Soll der Charakter von Bernau erhalten bleiben, was durchaus zu wünschen ist, so kann ein Aufschwung der Stadt nicht durch künstliches Hochpöppeln von Industrie erzielt

Die Wunder der Klara van Haag.

Von Johannes Buchholz.

Aus dem Dänischen übersetzt von Erwin Magnus.

„Ich glaube, Sie wissen alles, Herr Lund! Sie können gewiss das Gras wachsen hören, nicht wahr?“

Lund lachte triumphierend: „Dies und jenes hört man ja. Das Gras wachsen hören kann niemand, denn das macht kein Geräusch. Aber — Frau Egholm kommt und kauft eine Jacke für den Jungen. Da denke ich, was will sie mit der Jacke mit blanken Knöpfen... Und... nicht wahr, ein Kaufmann muß zusammenreimen können. Die Jacke ging für 8,90. Die wurden angeschrieben. Aber das tut nichts. Ich sehe nicht auf den Mann herunter, der Schulden macht, dagegen wohl auf einen, der nichts kauft... Schlimmstenfalls kann man sich an seinem Boot bezahlt machen.“

„Acht Kronen und neunzig. Wollen Sie die in Ihrem Buch lösen,“ sagte die Gnädige und zog ihr flaches, graues Geldtäschchen heraus.

„Ist das nicht edler Gedankengang!“ sagte Lund und strich eifrig im Journal. „Aber Egholms sind es auch wert. Ganz reizende Menschen. Ich habe mich auch einmal für die Familie interessiert.“

„Sie?“ sagte die Gnädige. Sie war im Begriff, zu gehen. Jetzt blieb sie wieder stehen.

„Ja,“ nickte Lund zufrieden. „Damals, als er ein kleines Dampfboot erfand. Ich warnte ihn. Tun Sie es nicht!“ sagte ich. Ich war wohl der einzige, der das sagte. Ich weiß, was man vorausschauend nennt. Später ging die Erfindung ja auch richtig in Flammen auf. Picht — weg war die ganze Herrlichkeit. Haha!“

„Oh — ja, es war traurig, wie es dem armen Mann erging.“

„Wieder ein nobler und edler Gedankengang. Ich hatte damals übrigens genau denselben. Ich habe viel für den Photographen getan, das darf ich wohl sagen. Als er dies schreckliche Hühnerhaus baute, sagten die Leute: Das ist eine Schande für die Stadt. Das müßte verboten werden! Ich sagte: Picht ihn nur bauen, das wird keine Schande, sondern eine Sehenswürdigkeit für die Touristen. Die wollen gerade solche ausgefallenen Dinge haben. Jetzt haben wir dreierlei:

Die Lage, die Kirche und die Abbruchvilla, wie wir Egholms Villa nennen. Wissen Sie, daß wir Touristen herkommen, Frau Haag? Jawohl, nächsten Sommer! Wir sind ein Konfitorium, das Bangs Hotel gepachtet hat und Badegäste aufnimmt. Die Idee habe ich gehabt! Ich habe auch die Lage entdeckt. Ich habe Leute sagen hören, daß Nørrebro schöner sei als Kopenhagen und Stagen zusammengenommen. Bessere Lage, wie gesagt. Glauben Sie, daß es gehen wird, Frau Haag?“

Frau van Haag sagte, daß sie von dem Touristenzustrom weder etwas verstände, noch sich dafür interessierte, und wollte gehen; aber Lund trat ihr einfach in den Weg und sagte mit reizender Schnelligkeit: „Ich glaube es! Sie kommen. Sie sollen sehen, daß sie kommen. Es werden Leute mit flotten Kleidern kommen. Die hat jetzt Geschmack in der Höhe bringen werden! Wer hat jetzt Geschmack in der Stadt. Niemand außer der Postmeisterin! Sie ist eine Dame, die sich zu kleiden versteht. Sie sollten sie im Winter mit Pelz beladen die Straße herunterkommen sehen. Vor Pelzwerk bricht sie fast zusammen, sage ich Ihnen. Haben Sie auch Pelze, Frau Haag? Ich habe nie gehört, daß eine Zöllnerin sich von einer Postmeisterin zu Lumpen lassen braucht!“

„Nichts Rennenswertes.“

„Aber ich,“ sagte Lund und sprang eine Elle hoch. „Jetzt werde ich Ihnen einen schicken und billigen Abendstuch zeigen, mit dem ich unglücklicherweise liegen geblieben bin.“

„Das muß jedenfalls noch warten...“ sagte die Gnädige, ängstlich vor der kleinen, braunen Spinne.

„Jawohl, jawohl, natürlich, jetzt ist keine Zeit für Pelzwerk. Aber in Sommerblusen habe ich eine ganz vorzügliche Auswahl. Wenn gnädige Frau eine Sekunde warten wollen, werde ich Ihnen meinen Vorrat in lebhaften Stoffen zeigen.“

„Nein, ach, nein, danke. Sie sollen nicht...“

„Sehen Sie!“ sagte Lund und rief wild Pappschachteln herunter. „Crepe de Chine, 7,35. Sehen Sie: Schottisch, Halbseide. Ich glaube, die Stadt geht einer großen Zeit entgegen. Gerade in Blusen. Sehen Sie: Römischer Stoff, 6,85. Jetzt verlegen sie ja den Bahnhof. Die Eisenbahn möchte gern Egholms Haus und das Feld darum kaufen, aber das können wir nicht. Wir wollen, daß die Bahn ganz von diesem Stadtteil wekommt und der Bahnhof in den Königswald gelegt wird, der enteignet werden soll — das heißt: Der Kammerherr soll gegen seinen Willen zum Verkauf

gezwungen werden, er will nicht — das wollen wir. Gefällt Ihnen diese hellblaue mit jugendlichem Kragen nicht?“

„Nein, mir gefällt keine von ihnen. Aber sagen Sie mir: Wann soll die Verlegung des Bahnhofs stattfinden?“

„Sobald der Reichstag das Geld bewilligt hat. Nächstes Jahr hoffentlich. In solchen Blusen gehen sonst alle besseren Damen. Alle. Auch gewöhnliche Dienstmädchen haben ein, zwei, drei Stück zum Wechseln.“

„Ja, danke, aber...“ Sagen Sie, dann müßte also der Königswald gefällt werden, wo der Bahnhof liegen soll? Ja, natürlich.“

„Nur ein winziges Stückchen davon. Nicht ein Baum mehr als notwendig wird gefällt — um nicht der Lage zu schaden. Na, jetzt habe ich mich in der Schachtel geirrt, das sind keine Blusen, sondern Damenhemden. Darf ich mir erlauben...“

„Nein, danke, in Hemden bin ich nicht so arm wie in Blusen und Pelzen. Aber jetzt muß ich gehen. Ich habe Ihnen sicher große Mühe gemacht.“

Lund schmiß die Pappschachteln hin und schob vor den Ladentisch: „Keine Mühe! Allzuwenig Mühe! Aber, was ich sagen wollte. Hemden und Hemden sind zweierlei. Man braucht keine Spitzen mehr am Hemd. Man braucht Festons. Niemand geht mehr mit Spitzen. Festons! Die Beinkleider sollen jetzt auch am Anie geschliffen sein.“

Da fühlte Frau van Haag, die jetzt auf der Steintreppe stand, daß die Kaufmannsungen des kleinen Lund ganz durch ihre Kleide hindurch sahen. Es kribbelte ihr unangenehm am Körper, aber sie fand kein Wort, das sie ihm ins Gesicht schleudern konnte, dagegen sagte sie, um Entschuldigung bittend und errötend: „Aber ich habe wirklich auch andere, als mit Spitzen, Herr Lund, mein großer Koffer war nur verkehrt gegangen. Aber jetzt kommt er!“

Lund zog sich in den Laden zurück; er war blaß von der erlittenen Spannung. Er fuhr sich mit der Hand durchs Haar. Das war in den letzten paar Jahren dünn und grau geworden. Kurz darauf kam er zu sich, ging an die Hintertür und rief die Treppe hinauf: „Minna! Minna!“

Oben ging eine Tür und eine schrille Stimme rief: „Ja!“

„Hast du die Zöllnerin gesehen?“

„Nein, nahm sie sie?“

„Nein! Sie hat weder Bildung noch Geschmack. Sie nahm eine kleine, häßliche Dienstmädchenjude, du tanzt also gern jetzt die mit den Spitzen haben.“ (Fortsetzung folgt.)

Das Urteil gegen die Teltower Posträuber.

In dem Hochverratsprozess vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts gegen Gödlich und Genossen beantragte der Reichsanwalt folgende Strafen: Gegen Gödlich sechs Jahre Zuchthaus und Stellung unter Polizeiaufsicht. Bei Eid und Frank beantragte der Reichsanwalt, da der Alibibeweis erbracht worden sei, Freisprechung. Nach längerer Beratung verkündete der Vorsitzende folgendes Urteil: „Der Angeklagte Gödlich wird wegen Vergehens gegen § 7 des Republikstrafgesetzes in Tateinheit mit Vergehen gegen § 219 und 250, Ziffer 1 und 2, des Strafgesetzbuches unter Anrechnung des Braunschweiger Urteils zu einer Gesamtstrafe von 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die auf diese Strafe bereits auf Grund des Braunschweiger Urteils verbüßte Zeit gilt bei der neuen Zuchthausstrafe von 15 Jahren als verbüßt. Die Stellung unter Polizeiaufsicht wird für zulässig erklärt. Bei den Angeklagten Eid und Frank sieht der Senat den Beweis für die Teilnahme an der Tat für nicht erbracht an und kommt zum Freispruch.“

Der preussische Ministerpräsident Otto Braun hält auf dem Fest der Banzerneuerung, das der Kreisverein Zehlendorf-Dahlem-Bannsee des Reichstammes am Sonnabend, den 27. November, abends 8 Uhr, im Lindenpark zu Zehlendorf veranstaltet, die Festansprache. Alfred Becker regiziert u. a. den Hymnus „Schwarzrotgold“ von Ludwig Bessen.

Uebersahren und getötet. Ein folgenschwerer Straßenunfall ereignete sich gestern nachmittag vor dem Hause Dorst 19 zu Tempelhof. Die 10jährige Schülerin Eleonore Zowa aus der Ringbahnstr. 18 zu Tempelhof wurde beim Ueberschreiten des Fahrdammes von einem Lastkraftwagen erfasst und überfahren. Ein Hinterrad ging über den Leib und Kopf des unglücklichen Kindes hinweg. Der Tod trat auf der Stelle ein. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung. — Ein weiterer schwerer Unfall ereignete sich gestern in der Nähe des Ringbahnhofes Papestraße. Der 33jährige Hilfsweilchensteller Willi Innach aus der Jägerstr. 59 zu Neudöhlen wurde von einem Streckenkontrollleur mit abgefahretem linken Bein, bewußtlos zwischen den Schienen liegend, aufgefunden. Er wurde in das Schöneberger Krankenhaus gebracht, wo er infolge des erlittenen Blutverlustes schwer darniederliegt. Wahrscheinlich hat der Berührungslücke bei dem dunstigen Wetter das Herannahen des Zuges übersehen und wurde überfahren.

Der Untergang des „Burjewestnik“.

Eine sowjetrussische Schiffskatastrophe.

Vor einigen Tagen ist in Veningrad ein Prozess zu Ende gegangen, der vielleicht einzig dasteht und der die noch immer andauernden chaotischen Zustände in Sowjetrußland in ein grelles Licht rückt.

Am 29. August d. J. sollte der Dampfer „Burjewestnik“ mit etwa 100 Passagieren an Bord — Arbeitern und ihren Familien wie auch jungen Seelenten — von Veningrad nach Kronstadt fahren. Der Schiffskapitän, der erst eine viertägige Fahrt hinter sich hatte, war am Bande geblieben. Ihn vertret ein gewisser Chrapunow, der nicht die genügende seemannische Vorbildung besaß. Von den 24 Matrosen befanden sich nur drei in nüchternem Zustande. Chrapunow hatte von dem Dampfer die größte Geschwindigkeit gegeben, abgleich im Kanal, der nach der offenen See führte, nur eine ganz geringe Geschwindigkeit zulässig war. Der „Burjewestnik“ war eben erst in den Kanal eingefahren, als der aus Kronstadt kommende deutsche Dampfer „Grete“ in einer Entfernung von ungefähr einem Kilometer seine grünen Lichter erhellte. Er gab ihm das Pfeifsignal sich rechts zu halten. Eine Krummort blieb aus. Er wiederholte das Signal, auch jetzt wurde es nicht erwidert. Da gab er zwei Pfeifsignale, damit der „Burjewestnik“ sich links halte. Jetzt erst erwiderte der „Burjewestnik“ das Signal und bog mit aller Wucht, um einen Zusammenstoß mit der „Grete“ zu verhindern, nach links. Plötzlich erfolgte ein schreckliches Krachen: der Dampfer war mit dem Bug auf die unbeleuchtete Rolle aus Eisenbeton gestoßen; der Bug war nach innen gepreßt, der Dampfer begann zu sinken. Chrapunow vor der Kopf; er kommandierte „vornwärts“, „rückwärts“, „stop“. Die Matrosen versuchten ein Rettungsboot ins Wasser zu lassen. Es begann zu sinken. Die Passagiere griffen in wilder Panik zu den Rettungsringen, — sie taugten nichts. Nun dachten die Matrosen nur noch an ihre eigene Rettung. Ein Teil von ihnen erreichte das Ufer, ein anderer Teil rettete sich in eines der Rettungsboote, der „Kapitän“ stieg auf den Rand des Schornsteins. Eine Kesselexplosion wurde nur durch das Dazwischentreten eines lachkundigen Passagiers verhindert. Die Katastrophe forderte 66 Opfer. Eine Gerichtsverhandlung folgte. Das Bild, das sich hier bot, war niederschmetternd. Es stellte sich heraus, daß diese staatliche Dampfschiffgesellschaft unter einem unglaublichen Bureaunkratismus litt und gleichzeitig mit ungeheuren Verlusten arbeitete. 80 Proz. der Mannschaften waren für ihren Dienst unvorbereitet. Stellungen wurden vergeben auf Grund von Bewandtschaften. Von Disziplin war keine Rede. Auf den Rollen fehlte die Beleuchtung und dergl. mehr. Der Kapitän des Dampfers und sein Gehilfe wurden schließlich zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Der Leiter des Veningrader Hafens, der Leiter der Dampfschiffahrtsgesellschaft und der Leiter des Transportbureaus zu je 2 Jahren, ein Inspektor der Gesellschaft, der erste Ingenieur und zwei andere Beamte zu je einem Jahr Gefängnis. Alle diese Strafen werden jedoch die Toten nicht wieder zum Leben erwecken.

Schneestürme in Deutschland.

Seit Donnerstag abend wütet im Erzgebirge ein gewaltiger Schneesturm. Bis 400 Meter herab ist alles in eine dicke weiße Schneedecke gehüllt. An vielen Stellen sind Schneewehen von Meterhöhe entstanden. Der Verkehr stockt allenthalben. Die durch das Schneetreiben verursachten Leitungsstörungen haben sich als recht bedeutend herausgestellt. So sind die Leitungen nach Hirschberg, Eibau, Baugen, Dresden, Jitau-Neugersdorf und Leipzig stark in Mitleidenschaft gezogen. In Görlitz selbst sind 300 bis 400 Teilnehmeranschlüsse gestört. Die Störungen dauern zurzeit noch an. Bei Baugen ist ein großer Gestellumbruch erfolgt, so daß auf der Strecke nach Dresden die Störungen längere Zeit anhalten werden. Auch in Sachsen hat das Schneetreiben große Verheerungen angerichtet. Infolge ungewöhnlich heftiger Schneestürme traten Störungen auf den 100 000 Volt-Leitungen Hirschfeld-Dresden-Süd und Dresden-Süd-Chemnitz auf, durch die die Strombelieferung an verschiedenen Stellen des Landes zeitweise unterbrochen wurde. Die Stromversorgung konnte durch vermehrte Belieferung anderer Kraftwerke wieder aufgenommen werden.

Flugzeugunglück. Die „Deutsche Luft-Hansa“ teilt mit: Western nachmittag 5 1/2 Uhr mußte auf der Strecke Königsberg-Berlin das Flugzeug D 944 wegen Motorstörung bei Königsberg in der Neumark eine Zwischenlandung vornehmen. Nachdem Passagiere und Besatzung das Flugzeug verlassen hatten und das Gepäck ausgeladen war, geriet das Flugzeug aus noch nicht aufgeklärten Gründen in Brand. Die Passagiere setzten ihre Reise mit dem Königsberger D-Bug fort.

Schiffsunfälle. Der deutsche Dampfer „Argenteis“ stieß infolge des Nebels auf das Wrack eines in der Schelde gesunkenen japanischen Schiffes, wurde led und geriet zwischen dem Wrack und dem Ufer in der Nähe von Boerensluis auf Grund. Es besteht Aussicht, ihn wieder flott zu machen, jedoch müssen wahrscheinlich die an Bord befindlichen 3000 Tonnen Waren umgeladen werden. — In der Nähe von Halesjund geriet nach einer Reibung aus Oslo der deutsche Dampfer „Wittkind“ aus Emden auf Grund. Drei Schlepper versuchten, den Dampfer, der eine Erstholung an Bord hat, wieder flott zu machen.

Luftverkehr England-Indien. Fluglinien über Deutschland.

Nach Meldungen aus Brüssel nähern sich die gegenwärtig in den englischen Staatswerkstätten in Bau befindlichen beiden Riesenluftschiffe der Heeresverwaltung ihrer Vollendung und dürften bereits in den nächsten Monaten ihre Probefahrten beginnen. Es handelt sich bei diesen Luftkreuzern, die England und Indien auf dem Luftwege verbinden sollen, um eine neue außerordentlich interessante Konstruktion, da die Schiffe ein Gerüst aus Stahl erhalten und mit Schwermotoren ausgerüstet werden. Die englische Regierung ist von der Verwendung des Aluminiums abgegangen, weil Versuche in den Staatswerkstätten ergeben haben, daß dieses Leichtmetall bei starker Beanspruchung leicht ermüdet und daher nicht die Betriebssicherheit besitzt, die die Militärbehörden bei der Ueberwindung so langer Strecken im regelmäßigen Verkehr verlangen. Noch interessanter ist die Verwendung der Schwermotoren, deren Verwendungsmöglichkeit allerdings von Fachkreisen noch stark angezweifelt wird. Da die Luftlinie England-Indien auch über deutsches Gebiet führen wird, werden nach dieser Richtung hin in nächster Zeit besondere Verhandlungen mit den zuständigen Reichsbehörden gepflogen werden.

30 Opfer eines Tornados. In den Staaten Arkansas und Missouri hat ein Tornado großen Schaden angerichtet. Es wurden über 30 Personen getötet und 50 verletzt.

14 Personen beim Bau einer Wasserleitung ertrunken. Bei einer plötzlichen Ueberschwemmung der Anlagen einer im Bau begriffenen Wasserleitung für die Stadt Dakland sind nach einer Meldung aus San Franzisko 14 Personen ertrunken.

Gegen das Schmutz- und Schundgesetz!

Am Dienstag, den 30. November, abends 8 Uhr, im großen Saale des Lehrervereinshauses, Alexanderplatz:

Gr. öffentl. Kundgebung!

Tagesordnung: Gegen die Kulturreaktion in Deutschland! Fort mit dem Schmutz- und Schundgesetz! Redner: Dr. Kurt Löwenstein-Berlin, M. d. R., Toni Pfaff-München, M. d. R., Karl Schred-Bielefeld, M. d. R., Männer und Frauen, erscheint in Massen! Auf zum Protest! Bezirksverband Berlin der SPD.

Geschäftliches.

Weihnachten in Sicht.

All die künftigen Bauherren, Architekten und Ingenieure haben hier Gelegenheit, Interesse und Fähigkeit für ihren späteren Beruf gleich von Anfang an sinn- und sachgemäß anzuwenden. Der Spiel- und Modellbaukasten „Amenta“ ermöglicht es, nach einem selbst entworfenen Bauplan irgendein beliebiges Bauwerk (Landhaus, Villa, Brücke, Kirche und dergl.) zu errichten, ohne an bestimmte Grund- bzw. Ergänzungsbaukästen und Baukasten-zusammenstellungen gebunden zu sein. Das gesamte Baumaterial — Bausteine, Mörtel, Träger, Balken — ist in beliebigen Mengen erhältlich. Das Neuartige an diesem Baukasten besteht darin, daß die Steine durch richtiggehenden Mörtel, der, in pulverförmigem Zustande mit Wasser angefeuchtet, sofort gebrauchsfähig ist, miteinander verbunden werden und der ganze Bau somit genau der Wirklichkeit entsprechend, auf festen Füßen steht. Soll der fertige Bau geändert oder abgetragen werden, dann bescheidet man die Fugen mit Wasser, der Mörtel löst sich, die Steine werden abgewaschen und der Neubau kann beginnen. Die Preise der Baukästen bewegen sich zwischen 4,75 M. bis 18,50 M. Die Ausstellung befindet sich in der Festbaukasten G. m. b. H., S.M., Friedrichstr. 235.

Herta Schwerdtfeger, Mohrstr. 64 I, zeigt allerhand hübsche Kleinigkeiten auf dem Gebiete der Keramik, Handweberei, Seidenmalerei, Glasbläserei und dergl. Mit ganz geringen Mitteln haben hier künstlerisch schaffende Hände wunderhübsche Dinge fürs Heim und für den persönlichen Bedarf geschaffen. Für den Ehrlich das hübsche bunte Veltener Geschirr, als Tierstücke prächtige Keramiken aus Fischerbude b. Bremen, Wandbehänge in allen möglichen Stoffarten und Mustern, entzückende Handbläschen in Perl-, Seide- und Flechtarbeit, Wiener und Berliner Glasbläsereien und noch viele andere nette Kleinigkeiten. Ganz eigenartig und neu wirken Kassetten und Streichholzbehälter mit Fischhaut bezogen. Vor weitem gesehen vermutet man schwere, massive Dinge dahinter, da die Farbe der Fischhaut dem Eisenblech ähnelt und die Fischschuppen mit ihren Erhöhungen wie eine gehämmerte Verzierung erscheinen. In der Nähe befinden sich das alles feberleicht und höchst einfach. Jedenfalls löst sich mit ein wenig Geschick und Geschmack das Heim auf billige Art wohnlich und persönlich gestalten.

Der 30. November ist für alle diejenigen, die sich mit der Bildung von Preislisten befassen, ein wichtiger Tag. Am 30. November läuft die Frist ab, bis zu der die Statuten der Preisliste „Wieviel Schade können mit einer Dose Erbsen gepunkt werden?“ bei der Erbsen-Vertriebsgesellschaft Berlin G. m. b. H. in Uffern müssen. Bei dem überaus großen Interesse, das der Preisfrage in allen Kreisen entgegengebracht worden ist, ist zwar ungewiss, ob die Preislisten den Leuten für die Einblendung fehlerlos in Form übergeben werden. Immerhin sei auf den 30. November im Interesse der Beteiligten besonders hingewiesen.



Wer hat
„Halpaus Mocca“
noch nicht geraucht?
Der tue es sofort.
Warum?
Aus reinem Egoismus!
Weil „Halpaus Mocca“ besonders
gut und darum besonders
preiswert ist.

5

Wandlungen im Einzelhandel.

Abzahlungsgehalt und Kundenkredit. — Die Umstellung der Warenhäuser.

Seit vor knapp vier Wochen die Diskussion über die Ausdehnung des Abzahlungsgehalts durch Einrichtungen zur Gewährung von Kundenkredit die Öffentlichkeit zu erregen begann, ist eine erfreuliche Klärung und Scheidung der Geister eingetreten. Ueber raschend schnell haben sich nicht nur die Meinungen über die notwendigen Grenzen der sogenannten Konsumfinanzierung geklärt, sondern es ist auch festzustellen, daß die ganze Bewegung und die verfolgten Pläne vernünftige Formen angenommen haben.

Gründungen und neue Pläne.

Zwar sind inzwischen die größeren Gründungen vollzogen worden, von denen seinerzeit die Rede war. Neben der Königsberger Einrichtung ist die Kaufkredit-V.G. von Hermann Tief in Tätigkeit und die „Citag“ des Verbandes der Berliner Spezialgeschäfte sowie die Kundenkreditgenossenschaft des Berliner Einzelhandels sollen ihre praktische Tätigkeit bald aufnehmen. In der Provinz sind auch einige Gründungen erfolgt und der „Treumä“, der Kreditorganisation des Deutschen Möbelhändlerverbandes, ist jetzt eine umfassende Aktion der Genossenschaftsabteilung der Dresdener Bank erfolgt. Ebenso werden aus einzelnen Städten Gründungen von Kundenkreditorganisationen gemeldet, und auch die Berliner Schneiderinnung hat beraten, ob und wie sie die Kundenkreditgewährung für das Schneiderhandwerk Groß-Berlins fruchtbar machen kann. Die Bewegung ist also praktisch geworden und hat auch größere Formen angenommen.

Warnungen und Widerstände.

Aber auch der Widerstand gegen die Bewegung war außerordentlich lebendig. Und das Interessante an diesem Widerstand ist, daß er am stärksten vom Handel selbst ausging und dort immer stärker wurde, nicht nur von Käuferkreisen, die eine Gefährdung der Verbraucherschaft in ihr erblickten. Die Hauptgenossenschaft des deutschen Einzelhandels, die erst grundlegend für die Bewegung war, hat ihr die kalte Schulter gezeigt, der Reichsbund des Textileinzelhandels hat sich sehr scharf dagegen ausgesprochen, und jetzt ist die überwiegende Mehrheit der Ortsverbände des Textileinzelhandels dem Vorgehen des Reichsbundes gefolgt. In den letzten Tagen brachten die Zeitungen Berlins große Inserate bedeutender Einzelhändler und der größten Warenhäuser Berlins, die auch weiterhin nur nach dem „bewährten Barzahlungssystem“ verlaufen wollen und „jede Form einer sogenannten Konsumfinanzierung verwerfen“, weil nur der „Barverkauf für billige Preisstellung“ bürge.

Nun darf die Frage sicher nicht auf ein entweder oder abgestellt werden; denn man kann nicht darüber hinwegsehen, daß sich hinter der ganzen Bewegung doch ein sehr ernstes Problem verbirgt. Es ist natürlich begrüßenswert, daß man in Deutschland nicht kritiklos dem amerikanischen Beispiel gefolgt ist, über dessen Gefahren der amerikanische „Vorwärts“ von Milwaukee am 6. November dieses Jahres folgendes geschrieben hat:

„Soll das Abzahlungsgehalt nicht kurz über lang in einen furchtbaren Engpaß für Unternehmer und Arbeiter, für Kreditgeber und Kreditnehmer führen, dann muß vor allem der Reallohn weiter steigen. Das war in den letzten Jahren der Fall, daher die Ausdehnung des Warenverkaufs auf Kredit. Mit dem Mehrerwerb ist der früher aufgenommene Warenkredit abgetragen worden. In anderen Fällen aber werden Fabriken, Handelshäuser und Banken ins Stocken und schließlich zum vollständigen Stillstand kommen. Die dann weniger verdienenden oder gar arbeitslos gewordenen Lohnarbeiter werden außerstande sein, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. In hunderttausend Fällen wird infolgedessen Abnehmbares nicht mehr da sein; wodurch sich der Bankrott vom Unternehmer bis zum letzten Kreditgeber lauffeuerartig weiterbreiten wird. Es wird einen geschäftlichen Zusammenbruch geben, wie Amerika noch keinen gesehen hat. Jedenfalls ist dies Amerikas ernsteste Wirtschaftsfrage.“

Sicher wäre die bedeutendste Ausdehnung des Teilzahlungsgehalts für alle Waren und die systematische Eindämmung von Kundenkredit auch für Deutschland eine außerordentlich ernste Wirtschaftsfrage geworden. Aber es darf doch nicht gelugnet werden, daß für die Befriedigung des Massenbedarfs an langliegenden und Arbeit ersparenden Haushaltsmaschinen, an Fräsgedreht und Zeit ersparenden Verkehrsmitteln, an Wohnungseinrichtungen und Ausstattungen junger und alter Haushalte, die ihren Gebrauchswert auf Jahre hinaus behalten, auch jetzt in Deutschland besser gefordert werden könnte, als es durch das Ratenkredit bei den alten Abzahlungsformen geschah. Für die Konsumenten, die ihre Ersparnisse verloren haben, aber sorgfältige Haushalter sind, wäre es gut, wenn sie an die beste und solideste Ware unter günstigen Bedingungen herankönnen. Und auch für den regulären Handel, der in der Regel nicht mehr so viel Kredit gewähren kann wie früher, weil über die Betriebsmittel hinaus wenig Kapital vorhanden ist, wären Einrichtungen vorteilhaft, die ihm mehr Kredit zu gewähren erlauben.

Rationalisierung des Abzahlungsgehalts.

In diese auch volkswirtschaftlich nicht unerwünschte Richtung scheint die Konsumfinanzierungsbewegung zum Teil jetzt einzumünden. Charakteristisch dafür sind die Kreditgenossenschaft

ten von Einzelhändlern, die die Genossenschaftsabteilung der Dresdener Bank zu schaffen verucht. Von vornherein werden hier alle Waren ausgeschlossen, deren Wert während der Kreditdauer verbraucht würde. Der Kunde erhält nur vom Händler Kredit, nicht von einer Bank; auch hat der Händler, nicht die Bank, die Raten einzuziehen. Bei der örtlichen Kreditgenossenschaft laufen alle Kreditforderungen in der Form von Beschele zusammen, auf die den Händlern der Gegenwert unter Abzug von Zinsen gezahlt wird. Aus den von ihnen eingezogenen Raten haben die Händler die Beschele einzulösen. Das ganze Verkaufsrisiko, auch der Verkehr mit dem Kunden, liegt also beim Händler. Die Forderungen und Zahlungen aber gehen in einen gemeinsamen Topf, wo sie sich ausgleichen und von wo aus die Kreditgewährung für neue Verkäufe immer wieder stattfinden kann. Das Kapital, das von einer Bank (der Kreditanstalt für Verkehrsmittel V.G.) zunächst vorgeschossen wird, dient also dazu, die Fähigkeit der Händler zur Kreditgewährung dadurch zu steigern, daß das vorgeschossene Kapital den Händlern als neues Betriebskapital gemeinsam zur Verfügung steht. Natürlich werden auch hier die Zinsen und Kosten auf den Käufer abgewälzt, aber die jährlichen Kosten können niedriger sein, als bei dem eigentlichen Kundenkredit, weil das Risiko kleiner und die Kontrolle leichter ist.

Was hier versucht ist, kann zu einer Ausdehnung des Abzahlungsgehalts führen, die volkswirtschaftlich deshalb unbedenklicher ist, weil sie zugleich eine Rationalisierung der Einzelkreditgewährung und der Warenverteilung darstellt. Die Konsumfinanzierung ist auf denjenigen Umfang und diejenige Form zurückgeführt, die die Vorteile des Ratenkaufs guter Waren nicht auf kleine Kreise beschränkt, aber dennoch durch die Haftung des Verkäufers die hemmungslose Pumpwirtschaft einschränkt. Vor allem aber wird die Konsumfinanzierung zurückgeführt auf das, was sie in Deutschland heute nützlich machen kann, auf ein solidarisches Zusammenwirken der an sich knappen Betriebsmittel der Händler, um die Fähigkeit zur Kreditgewährung zu steigern. Natürlich bleibt auch hier jede Absatzsteigerung auf Dauer davon abhängig, daß der Kunde, der mehr kauft, auch mehr verdient.

Auch die Warenhäuser müssen umstellen.

Wie sehr die Frage der Konsumfinanzierung nur im Zusammenhang mit der gesamtwirtschaftlichen Absatzentwicklung betrachtet werden sollte, das zeigen auch die großen Wandlungen, die im Aufbau, der Organisation und den Absatzmethoden der Warenhäuser vor sich gehen. Auch diese stehen vor der Katastrophe, daß auf der einen Seite die Kaufkraft der deutschen Konsumentenmassen bedeutend zurückgegangen und damit auch die Qualität der Nachfrage sich gewaltig vermindert hat, und daß auf der anderen der Verkaufsapparat der Warenhäuser und die bisherige Einbindung mit Waren, für die heutigen Verhältnisse unzumänglich ist. Die früher so kaufkräftigen Mittelschichten, die die Warenhäuser erst zu dem starken Ausbau von Spezialabteilungen geführt und zur Verlegung gerade der größten Warenhäuser in wohlhabendere Stadtviertel veranlaßt haben, sind größtenteils weggefallen. Der einfachere und billigere Massenbedarf der Arbeiterschaft ist zur Hauptfrage geworden. Darüber hinaus ist die Konkurrenz um den geschmälerten Absatz so groß geworden, daß (auch durch den Modewechsel) die in der Inflation vielfach aufgenommene Eigenproduktion der Warenhausgesellschaften unrentabel geworden ist und wieder viel mehr als in den letzten Jahren der Wert auf möglichst massenhafte und möglichst billigen Einkauf gelegt werden muß.

So sind für den Einzelhandel der Warenhäuser

neue Standorts- und neue Organisationsprobleme

entstanden, die erst die vielen Neuerscheinungen und Neuorientierungen der Warenhäuser erklärlich machen, die die letzte Zeit gebracht hat. Wenn der Karstadt-Konzern ausgerechnet in Neukölln ein Riesenvarenhaus errichtet und wenn er, der größte Eigenproduzent unter den Warenhäusern, sich mit 43 Einkaufs- und Verkaufshäusern der Firma M. J. Emden vereinigt und durch die Zusammenarbeit mit der L. Tieg L. G., Köln, seine Einkaufsbasis noch verbreitert, so ist das nur der sinnfällige Ausdruck der Schwierigkeiten, die die Wohlstandserstörungen im Gefolge der Inflation für die Warenhäuser gebracht haben. Das selbe gilt für die Zusammenfassung der Einkaufshäuser des Hermann-Tieg-Konzerns mit denjenigen des besonders in Westdeutschland starken M. Coniger-Konzerns, die ab 1. Januar in Wirksamkeit tritt. Die Veruche aber, die mit den Einheitspreisläden mit billigen Artikeln gemacht werden, sowohl von der Firma L. Tieg L. G., Köln und der Karstadt-V.G., als auch jetzt in Berlin von dem mächtigen amerikanischen J. W. Woolworthkonzern, sie zeigen aufs deutlichste, daß der Warenhandel neue Wege suchen muß, um an die veränderte Kaufkraft und Absatzverhältnisse der Bevölkerung Anschluß zu finden.

Stand der landwirtschaftlichen Erzeugung.

Neue Wege des Enqueteauschusses.

Die Untersuchung der landwirtschaftlichen Betriebsformen und Wirtschaftsverhältnisse in einzelnen Kreisen Deutschlands, die auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung des Unterausschusses für Landwirtschaft stand, ist eine der wichtigsten Fragen, ja vielleicht der Kernpunkt der Agrar-enquete, denn eine Hebung der landwirtschaftlichen Produktivität ist nur dann mit Erfolg möglich, wenn man eine genaue Kenntnis der tatsächlichen landwirtschaftlichen Verhältnisse bis in die kleinsten Bezirke besitzt und mit Hilfe dieses Materials für jedes Gebiet die zur Behebung der angetroffenen Mängel nötigen Maßnahmen zeigen kann. Es ist daher geplant, daß an alle Winterschuldirektoren durch Vermittlung der Landwirtschaftskammern Fragebogen über den Stand der landwirtschaftlichen Erzeugung und die Intensitätsverhältnisse verandt werden, eine Untersuchung, von der sich die mit der Vorbereitung betrauten Enquetemitglieder, Professor Lang, Direktor Hofmann und Genosse Dr. Baade, den größten Erfolg versprechen.

Um den Winterschuldirektoren die Untersuchung zu erleichtern und um sie auf besonders wichtig erscheinende Fragen hinzuweisen,

wurden vom Ausschuss drei Musterkreise ausgesucht, in denen die oben genannten Herren persönlich mit den betreffenden Winterschuldirektoren Untersuchungen anstellen und den Fragebogen beantworten sollten. Diese Musterbeantwortungen sollen dann mit den Fragebogen verandt werden.

Leider liegen die endgültigen Ergebnisse dieser bereits beendeten Untersuchungen noch nicht vor, doch konnte Professor Lang berichten, daß die Untersuchungen zu außerordentlich aufschlußreichen und wichtigen Ergebnissen geführt haben, Resultate, aus denen sogar die für die betreffenden Bezirke zuständigen Vertreter der Landwirtschaftskammer nach eigener Aussage noch viel Neues gelernt haben. Die Untersuchungen würden daher wesentlich an Zuverlässigkeit und Genauigkeit verlieren, wenn man, wie dies zwecks Zeit- und Arbeitersparnis, von einem Mitgliede des Ausschusses empfohlen wurde, nur die Landwirtschaftskammern über die landwirtschaftlichen Verhältnisse ihres Gebiets befragen würde. So wurden z. B. die Unzuverlässigkeiten der Dedlandsstatistik, Abweichungen der tatsächlichen Ernteerträge von den in der amtlichen Statistik angegebenen, außerordentlich große Unterschiede im Stand der landwirtschaftlichen Bildung, um 50 Proz. verschiedene hohe Milchträge im nördlichen und südlichen Teil eines der untersuchten Kreise, ohne daß in den natürlichen Bedingungen ausreichende Gründe für diese

Unterschiede vorliegen, und viele andere wichtige Einzelheiten festgestellt.

Auf Grund dieser Bearbeitungen wird es möglich sein, Kreise mit ähnlichen Betriebsverhältnissen in größere typische Wirtschaftsgebiete zusammenzufassen und für diese Gebiete Richtlinien für eine Verbesserung der Produktion aufzustellen. Es ist eine außerordentlich wichtige Aufgabe der Enquete, die kolossalen Unterschiede in den landwirtschaftlichen Produktionsverhältnissen einzelner Teile Deutschlands klar herauszuarbeiten, denn hier eröffnen sich ungeheure bisher nicht ausgenutzte Produktionsmöglichkeiten. Da hier Produktionssteigerung mit Rationalisierung des Betriebs, also Senkung der Produktionskosten, zusammenfällt, steht eine Produktionssteigerung dieser Art außerhalb der in der Landwirtschaft soviel umstrittenen Rentabilitätsfrage und wird besonders durch die große mit ihr verbundene Kaufkraftschöpfung der ganzen Volkswirtschaft neue Impulse geben.

In der nicht öffentlich festgesetzten Sitzung wurde über die vorbereitende Weltwirtschaftskonferenz in Genf berichtet.

Zinsverbilligung für den Straßenbau.

Amtlich wird mitgeteilt:

Nach den Beschlüssen der Reichsregierung wird im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms bekanntlich auch der Straßenbau besonders gefördert. Zu diesem Zweck werden aus Mitteln der produktion Erwerbslosenfürsorge Zuschüsse zu den Zinsen gewährt, die Länder und Provinzen für Anleihen zahlen müssen, welche sie zur Verstärkung ihres Straßenbauprogramms aufnehmen. Die gewährte Zinsverbilligung beträgt für das erste Jahr 40 Proz. für das zweite und dritte Jahr je 30 Proz. Für drei Jahre also insgesamt 100 Proz. Solche Zinsverbilligungen sind bisher für Straßenbauten im Gesamtbetrag von etwa 45 Millionen Mark bewilligt worden, u. a. für die Rheinprovinz, die Provinz Niederschlesien, den Ruhrfedlungsverband und das Land Baden, also für Gebiete, in denen die Arbeitslosigkeit besonders drückend ist. Verhandlungen mit anderen Ländern und Provinzen sind noch im Gange.

Reichsbahn und Kraftwagenkonkurrenz.

In der letzten Verwaltungsratsitzung der Reichsbahn wurde über die Konkurrenz der Motorkraftlinien mitgeteilt, daß der Wettbewerb des Kraftwagens der Reichsbahn zurzeit jährlich Güterfrachten im Betrag bis zu 100 Millionen Mark entziehe. Einer weiteren Abwanderung soll durch bessere Abfertigung, schnelle Beförderung und in geeigneten Fällen durch Tarifierleichterungen entgegengetrieben werden. Aus dieser Mitteilung ist leider nicht ersichtlich, ob es sich nur um die private, oder auch um öffentliche und gemischt-wirtschaftliche Kraftlinienkonkurrenz handelt, an der die Reichsbahngesellschaft bekanntlich beteiligt ist.

Der Stromlieferungsvertrag der Stadtbahn genehmigt.

Ueber die Arbeiten für die Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn wurde mitgeteilt, daß sie möglichst beschleunigt werden sollen. Der Verwaltungsrat hat den Stromlieferungsvertrag mit der Bewag (Großkraftwerk Rummelsburg) und den Elektrowerken, der den zuerst beschafften Bau eines eigenen Kraftwerkes überflüssig macht, gebilligt. Bis Ende dieses Jahres werden für die Berliner Projekte 50 Millionen aufgewendet sein.

Rationalisierung und Beschäftigung. Ein interessantes, allerdings seltenes Beispiel durchgeführter Rationalisierung und daraufhin stark steigender Beschäftigung wird uns von der hannoverschen Maschinenbau A.G. (Hanomag) berichtet. Die Traktoren- und Autofabrikation der hannoverschen Firma wird zum größten Teil in Fiechbarthe durchgeführt. Im Zusammenhang mit der Wohlfeilheit der hergestellten Produkte und mit der in den letzten Monaten wieder ansteigenden Konjunktur ergab sich dabei für die Hanomag die Möglichkeit, die Belegschaft ihrer Werke auf 5500 Personen zu erhöhen, nachdem sie vor der Umstellung nur rund 2300 Personen betragen hatte. Nun braucht man darin nicht sofort einen generellen Beweis für die Arbeitskräfte auffaugende Wirkung der Rationalisierung zu erblicken, sicher ist aber, daß die Beschäftigung und der Absatz leistungsfähiger Werke bei vernünftiger Preisstellung um so rascher steigt, je gründlicher die Umstellung vorgenommen wird. Von besonderem Interesse ist, daß bei der Hanomag gerade die Zahl qualifizierter Arbeiter proportional stärker gewachsen wurde, als es der Vermehrung der Belegschaft im ganzen entsprechen hätte. Die Hanomag hat übrigens kürzlich den ersten russischen Traktorenauftrag (200 Stück) erhalten, der nach Deutschland vergeben wurde. Bisher wurden ausschließlich die Fordischen Traktoren bezogen.

Großkonzentration in der Hefeiindustrie. Ein großer Teil der deutschen Hefeiherzeugung liegt in der Hand weniger Großproduzenten. Unter diesen sind der eng mit Brauereien verbundene Ostwerk-Konzern (Schultheiß-Pagenhofer) und der besonders in Ostdeutschland arbeitende Rückforth-Konzern die bedeutendsten. Beide Konzerne beabsichtigen, die zu ihnen gehörenden Hefefabriken zu vereinigen. Die Vereinigung, die überwiegend kaufmännischen, weniger betrieblichen Charakter haben wird, soll bei der bedeutendsten Hefefabrik des Ostwerkkonzerns, der F. Wulf A.G. in Wert, erfolgen. Zu diesem Zweck wird der Generalversammlung dieser Gesellschaft die Erhöhung ihres Grundkapitals von 3,6 Mill. auf 16,6 Mill. Mark vorgeschlagen. Ein Bezugsrecht der Aktionäre für die neuen Aktien wird ausgeschlossen, weil die Aktien zum Erwerb von verwandten Betrieben und Unternehmungen, auch im Wege der Verschmelzung verwendet werden sollen. Diese Bestimmung macht die Konzentrationsabsicht deutlich. Die Wulf A.G., Wert, wird als Dachgesellschaft der Hefeiinteressen der beiden Konzerne fungieren, die in der Zukunft einen entscheidenden Einfluß auf dem Hefemarkt haben werden.

Die Rohstahlerzeugung im Oktober. Die deutsche Rohstahlerzeugung hat im Monat Oktober eine bemerkenswerte Steigerung erfahren. Der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller gibt eine Erzeugung in Höhe von 1.174.234 Tonnen an. Sie betrug im September 1926 nur 1.143.578 Tonnen und im Oktober 1925 rund 916.609 Tonnen. Die arbeitsmäßige Gewinnung, die im Oktober 1925 nur 33.948 Tonnen betrug und im September 1926 rund 43.984 Tonnen ausmachte, ist im Monat Oktober 1926 auf 45.163 Tonnen gestiegen. Den Hauptteil der Erzeugung stellten Rheinland und Westfalen mit 950.606 Tonnen. Die Steigerung gegenüber dem Monat September beträgt im Oktober 2,7 Proz. Die arbeitsmäßige Leistung liegt um 12,9 Proz. höher als im Durchschnitt des Jahres 1925. Sie steht allerdings noch um 2,9 Proz. gegenüber dem März 1925, dem Höchststand der Nachkriegszeit, zurück. In der Friedenserzeugung gemessen (1913), macht sie jedoch nur 78,5 Proz. aus. Dabei muß berücksichtigt werden, daß den Berechnungen des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller der Umfang des ehemaligen Deutschen Reiches zugrunde liegt.

Die Echte: **Rama butterfein**
MARGARINE

Das Schund- und Schmutzgesetz vor dem Reichstag.

Kampfanfrage der Sozialdemokratie. — Ein Polizeigesetz schlimmster Art.

Die Sitzung wird um 3 Uhr vom Präsidenten Lbbe eröffnet. Die zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften wird fortgesetzt. Es liegen bereits Abänderungsanträge der Sozialdemokraten, Demokraten und der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Kommunisten vor. Der Präsident schlägt für die allgemeine Aussprache 1/2 Stunde vor, die Kommunisten beantragen eine Stunde Redezeit. Sozialdemokraten und Kommunisten stimmen für eine Stunde. Da das Haus zuerst nur mäßig besetzt ist, besonders auf der rechten Seite, ist das Ergebnis zweifelhaft. Die Aussprache ergibt 97 Ja, 185 Neinstimmen. Der Antrag ist also abgelehnt. Die Debatte wird eröffnet von

Reichsinnenminister Dr. Kütz.

Er lehnt zuerst die geistige Vaterschaft für diese „Mißgeburt“ ab, es sei schon vor seinem Amtsantritt gezeugt worden, er habe sich aber bemüht, es zu verbessern. Kaum je ein Gesetz sei so viel Mißverständnisse ausgelegt worden wie dieses. Bereits im Jahre 1920 sei ein solches Gesetz von allen Parteien verlangt worden, und zwar allgemein, nicht nur für die Jugend. Dann haben auch viele Organisationen die schleunigste Einbringung eines Jugendschutzgesetzes verlangt, besonders der Zentralausschuß der Jugendverbände. Auch Lehrervereinigungen, soziale Verbände und Volksbildungsorganisationen hätten eine solche Vorlage gewünscht. Erst kürzlich sei von hervorragenden Schulmännern, die im Dienst der Jugendmohlfahrt stehen, eine Eingabe an den Reichstag gerichtet worden, dieses Gesetz bald zu verabschieden.

Diese Männer wußten sehr wohl, was schlechte Literatur sei. Der Kampf gegen Schmutz und Schund müsse sowohl durch Fernhalten der schlechten wie durch Schaffung guter Literatur geführt werden. Eine große geistige Bewegung soll jetzt einsetzt werden, um positiv im Sinne der Jugend-erziehung zu wirken, aber alle Maßnahmen wären zwecklos, wenn nicht aller Schmutz und Schund hinweggeräumt werde. Die Jugendverbände selbst seien schon in dieser Richtung vorgegangen, es handele sich bei dem Gesetz also

nur um eine Legalisierung bereits bestehender Bestrebungen.

Die soziale Not, der ein großer Teil der Jugend leider ausgesetzt sei, spreche dafür, daß sie durch gesetzliche Mittel vor der Schundliteratur geschützt werde. Wenn die Jugend in ihrem aufnahmefähigsten Alter Schund- und Schmutzschriften verschlingt, dann sei sie zur guten Literatur überhaupt nicht mehr empfänglich. Prof. Brunner, der zuerst gegen das Gesetz gewesen sei, habe sich jetzt dafür ausgesprochen. In einem halben Jahre werde niemand mehr glauben, daß man solche Wirkungen von diesem Gesetz erwartet habe. (Der Redner wird von kommunistischer Seite fortwährend unterbrochen.)

Man könne Verständnis für die Notwendigkeit haben, die jetzt in Kreisen der Künstler und Schriftsteller herrsche, aber die dort gehegten Befürchtungen seien unberechtigt, es denke niemand daran, die Geistesfreiheit zu unterdrücken und die jetzt vorgehenden Prüfungsstellen seien doch etwas anderes als die Jesuitstellen im alten Deutschland. Es handle sich um nichts anderes, als um die Bekämpfung eines

kulturwidrigen Zustandes, der mit kapitalistischen Mitteln gefördert und ausgebaut werde. Die Jugend brauche Schutz und Führung, die geistige Freiheit des deutschen Volkes soll in keiner Weise verlegt werden. Die deutschen Schriftsteller und die Dichterkadademie sollten doch bedenken, daß niemals der Weg ihrer Erzeugnisse ins Volk mehr gedehmt wurde, als durch die Schundliteratur. Es hätten gegen das Gesetz auch Leute protestiert, die es gar nicht gelesen hätten. (Sehr wahr rechts und in der Mitte.) Von Schmutz und Schund gelte das Wort: Wenn Ihr nicht fühlt, Ihr werdet's nie erjagen! (Juryse links.) Auch der „Vorwärts“ habe in diesem Sinne geschrieben. Das Wesentliche sei, ob die Zusammensetzung der Prüfstellen die Gewähr für eine sachgemäße Auscheidung von Schmutz und Schund gebe. Die Bedenken gegen die Länderprüfstellen seien nicht so stark, daß man an ihnen eine sonst gute Einrichtung scheitern lassen sollte. Es sei irrig, daß ein Land für das ganze Reich ein Buch auf den Ander legen könne, die letzte Entscheidung habe die Oberprüfstelle. Preußen habe nur einen Vermittlungsvorschlag gemacht, wonach der Spruch der Landesprüfstelle nur für das eigene Land gelten solle, nicht für das ganze Reich. Das sei aber praktisch nicht durchführbar, denn es bestände die Gefahr, daß eine Schmutzschrift, die in einem Lande verboten sei, in einem anderen neu gedruckt werde. Für die Reichsregierung handle es sich hierbei aber um keine Kabinettsfrage, wenn der Reichstag im Sinne des preussischen Vorschlags entscheide, werde sie zustimmen. Die Tendenz des Gesetzes sei sozialpädagogisch, der Minister habe den Wunsch, daß der Reichstag das Gesetz annehme. (Bravo bei den Regierungspartheien.)

Staatssekretär Dr. Weismann (Bevollmächtigter der preussischen Regierung)

gibt hierauf die Erklärung ab, Preußen wolle gegen das Gesetz im Reichstag Einspruch erheben, wenn es in der Ausschussfassung angenommen würde. Wenn es bei dieser Fassung bleibe, könnte durch die Entscheidung der Prüfstelle eines kleinen Landes ein Buch für das ganze Reich auf die Verbotliste gesetzt werden. Zweitens sei es nach den jetzigen Bestimmungen leicht möglich, daß in der Prüfstelle die Vertreter der künstlerischen und literarischen Interessen überstimmt werden. (Hört, hört! bei den Soz. und Komm.)

Zurückverweisung an den Ausschuss abgelehnt.

Abg. Schred (Soz.) beantragt mit Rücksicht auf diesen Einspruch Preußens, die Vorlage an den Ausschuss zurück zu verweisen.

Reichsinnenminister Dr. Kütz spricht gegen diesen Antrag. Die Bedenken Preußens könnten im Reichsrat erörtert werden. Der Antrag Schred wird gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten und einige Demokraten abgelehnt.

Abg. Dr. Mumm (Dnat.) bezweifelt es, daß die Mehrheit der preussischen Stimmen im Reichsrat sich der heute abgegebenen Erklärung anschließen. Es sei doch nicht zu leugnen, daß die Eltern der erwerbstätigen Jugend gar nicht in der Lage seien, ihre Kinder vor Schmutz und Schund zu bewahren. Wenn wir diese Literatur hindern, fänden wir die Kaufkraft für die gute Literatur. Wenn die Defini-

tion des Begriffs Schmutz und Schund in der Vorlage vermischt werde, so sei doch darauf zu verweisen, daß im Ausschuss kein einziger Antrag eingebracht wurde, der eine solche Definition verlangte. Es seien mehr Eingaben für das Gesetz, als Eingaben gegen das Gesetz an den Reichstag gelangt. Die Zahl der verurteilten Jugendbücher sei nach dem Kriege sehr stark gestiegen und das mache zur Pflicht, die Jugend vor Verführung zu schützen. (Abg. Frau Pfälz: Bekämpfen Sie doch mit uns das Wohnungselend!) Die Regierung habe im Ausschuss Beispiele dafür vorgelegt, welche Art „Literatur“ ausgemerzt werden solle. Die Wünsche der guten Literatur brauchten nicht bekämpft zu werden, sie verschwänden nach einiger Zeit schon von selbst.

Abg. Schred (Soz.):

Der Minister hat nicht zum Ausdruck gebracht, daß er Anhänger dieses Gesetzes sei, er habe es nur übernommen, um es jetzt hier zu vertreten. Er hat also im gewissen Sinne auf mildernde Umstände für dieses Gesetz plädiert. Der Minister hat behauptet, daß ein solches Gesetz von der Nationalversammlung einstimmig gebilligt worden sei. Der Beschluß der Nationalversammlung hat aber doch ganz anders gelautet. Mit dem, was damals gefordert worden ist, hat der uns vorgelegte Entwurf nichts zu tun. Es ist draußen auch so dargestellt worden, als ob der Staatssekretär Schulz die Verantwortung für dieses Gesetz trage. Das ist falsch. Der vom Reichsinnenminister Dr. Jares eingebrachte Entwurf unterscheidet sich sehr wesentlich von der jetzigen Vorlage. Staatssekretär Schulz hat damals auf die Definition verzichtet, aber verlangt, daß die Einstimmigkeit in der Prüfstelle eingeführt werde. Das bringt doch zum Ausdruck, daß die sachliche Entscheidung einstimmig getroffen werden solle, daher war eine Definition nicht notwendig im Gegensatz zu heute, wo durch Stimmenmehrheit entschieden werden soll.

Ich glaube daran, daß die Jugend in ihrer urwüchsigen Kraft sich viel entschiedener gegen Schmutz und Schund aus eigenem durchsehen wird, als wenn ihr ein Volksgesetz befehle gestellt wird.

Die Entrüstung gegen diese Vorlage erklärt sich daraus, weil sie unter einer völlig falschen Flagge leidet. Es heißt „Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften“, es richtet sich aber gegen die ernsthafte Literatur. Das Gesetz stimmt auch nicht mit der Verfassung überein, denn sowohl aus dem Wortlaut des § 18 wie auch aus den Beratungen und Beschlüssen der Nationalversammlung geht hervor, daß der Schutz der Jugend nicht dazu benutzt werden sollte, um gegen die Literatur vorzugehen. Es wurde eine sachliche Entscheidung vorgenommen zwischen der Bekämpfung von Schmutz und Schund und der Bewahrung der Jugend. Wenn das Gesetz also angenommen werden sollte, so wäre die Voraussetzung dafür die verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit. (Sehr richtig! bei den Soz.) Gerade der Minister Kütz, der die Verfassung schützen sollte, muß eine erneute Prüfung der verfassungsmäßigen Seite dieser Frage vornehmen.

Es kommt aber nicht nur darauf an, wie ein Gesetz aussieht,

Schuhlager

Preise



Herren-Lackhalbschuh mit grau Krok-Einsatz, weiß gedoppelt

12⁹⁰



Vornehmer Lack-Modenzugpumps für Straße und Gesellschaft

8⁹⁰



7⁹⁰

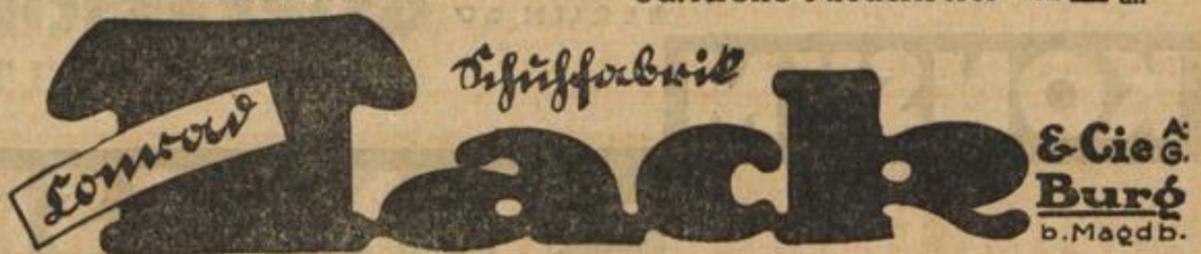
Eleganter Lackspangenschuh mit modernem Satteldurchbruch

Damen-Spangenschuhe in eleganter Aufmachung 5⁵⁰

Herren-Halbschuhe und Schnürstiefel, echt Rindbox 7⁹⁰

Kamelhaarstoff-Umschlag-schuhe in vielen Dessins . . . von 2⁶⁵ an

Warme Lederhausschuhe od. Krok-Niedertreter von 2⁹⁰ an



C. Spillemarkt 15 W. Potsdamer Str. 30 NW, Wilsnacker Str. 88 N. Müllerstr. 3 O. Andreasstr. 30 SO, Wranitzg. 49 Potsdam, Brandenburger
 C. Rosenhaller Str. 14 (an d. Kurfürstenstr.) NW, Beusselstr. 89 N. Brunnenstr. 37 O. Frankfurter Allee 22 SW, Friedrichstr. 240/41 Str. 54 / Charlottenberg
 W. Schillerstr. 16 NW, Lurmerstr. 41 N, Friedrichstr. 130 N, Danziger Str. 1 SO, Oranienstr. 8a SO, Wranitzg. 49 Nanköln, Dargatz. 30/31 Wilmersdorfer Str. 107/113

Pigi.

Von Viktor Sanguessa.
(Schluß)

Pigis Herz stockte vor Schrecken! Der Weg zum Bett war abgeschnitten und an die Flucht vom Sessel auf den Boden herunter dachte sie in ihrer Angst und Verwirrung gar nicht. Wie gelähmt blieb sie sitzen und starrte angstvoll auf den Erwachenden.

Instinktiv griff dieser nach einem Leuchter und Pigi war einen Moment dem Tode sehr nahe. Pflöschlich aber besann sich der Mensch eines Besseren, fing das erschrockene Mäuschen mit der Hand und nahm das kleine zappelnde Tierchen zu sich in sein warmes Bett.

Pigi erkannte zu ihrem Erschrecken, daß es auch Menschen gab, vor denen man sich nicht zu fürchten brauchte und die ganz wunderbar zu streicheln verstanden, trotzdem sie ihrer Größe und Stärke nach sicher imstande waren, so ein kleines Mäuschen mit einer Handbewegung zu zerdrücken.

Bald aber machten sich bei ihr die Folgen des genossenen Vitörs bemerkbar und sie schlief ein.

Der trunksüchtige Mann freute sich an seinem Gang; er legte die schlafende Pigi in eine Schachtel aus Pappdeckel und nahm sich vor, ihr am nächsten Tage einen schönen Käfig zu kaufen.

Pigi zerschütterte dieses Vorhaben. Als sie aus ihrem Rausch erwachte, bemerkte sie mit Entsetzen, daß man sie in ein kleines Gefängnis mit steilen Wänden gegeben hatte. Doch das Mäuschen verzagte nicht einen Augenblick. Sofort begann es mit Aufbietung aller Kräfte an seiner Befreiung zu arbeiten, und als das Morgenlicht durch das Fenster sickerte, war sie dank ihrer scharfen Zähne soweit, sich wieder auf den Heimweg machen zu können.

Immerhin hatte das Abenteuer mit dem Vitörglas einen großen Vorteil. Der Einsame nahm Pigi die Flucht nicht übel — im Gegenteil! Er vergaß von da an nie, für die kleine Maus stets ein paar Leckerbissen auf den Boden zu legen.

Ihr Glück hätte bei diesem sorgenlosen Dasein sicherlich den Höhepunkt erreicht, wenn nicht der Frühling gekommen wäre.

Pigi war noch jung und kannte den Frühling noch nicht. Sie mußte nichts von seiner Macht, die alle Geschöpfe nach sich in ihren Bann nimmt. Daß aber irgendetwas bevorstand, das auch an ihr nicht spurlos vorübergehen würde, fühlte sie recht gut. Lange kämpfte sie einen harten Kampf mit ihrer Liebe zu ihrem Heim und einer ganz unerklärlichen Sehnsucht, die ganz plötzlich in ihr entstanden war und sie zum Wandern zwang. In einer lauen Frühlingsnacht konnte sie diesem Verlangen nicht mehr widerstehen. Vom Tisch kletterte sie auf das offene Fenster und von dort aus gelangte sie an den Ranken wilden Weines, der an der Hausmauer emporkroch, bequem ins Freie.

Drei Tage blieb sie fort. Was für Abenteuer sie während dieser Zeit hatte, weiß nur die kleine Maus selbst. Jedenfalls aber müssen es ganz bedeutende Erlebnisse gewesen sein, denn nach ihrer Rückkehr hatte Pigi plötzlich dringenden Bedarf an Lichtstücken, Federn und anderen warmen und weichen Gegenständen. Sie fand auch, ihre bisherige Wohnung sei nicht mehr bequem genug, benötigte sie nur mehr als Vorratskammer und begann sich ein kleines warmes Nestchen unter dem Bücherregal neben dem Mauertoch einzurichten.

Zuerst verschwand ein Federwisch aus Tuch vom Schreibtisch, Löschpapier und die Fäden einer alten seidnen Krawatte gingen denselben Weg. Leider waren damit Pigis Ansprüche noch immer nicht befriedigt. Eines Tages entdeckte Frau Ligeti mit Schrecken ein Loch in einem Divanpolster — das Mäuschen hatte sich nämlich daraus einige Federn geholt. Pigis Existenz, die ihr Beschützer bisher sorgsam verheimlicht hatte, war dadurch verraten und Frau Ligeti begann einen heimtückischen Kampf gegen die ahnungslose Pigi.

Zuerst wurde eine Drahtfalle aufgestellt, in der ein angehmorter Speck als Köder angebracht war. Das Mäuschen wäre diesem Anschlag sicherlich zum Opfer gefallen, wenn ihr Beschützer die Falle nicht allabendlich umgedreht hätte. Die Folge davon war, daß sowohl Pigi als auch Frau Ligeti sich nicht wenig ärgern mußten: Pigi, weil sie nicht zu dem duftigen Speck gelangen konnte, und Frau Ligeti, weil die Maus nicht zu fangen war.

Nach acht tägigem, vergeblichem Kleinriegel mit der Mäusefalle beschloß Frau Ligeti eine wesentliche Verbesserung der Kriegsmittel. Gift wurde gekauft und, in verlockende Brocken gehüllt, im Zimmer verstreut. Die ausgelegte Menge hätte sicherlich genügt, ein ganzes Bataillon verleselter Mäuschen zu vernichten. Glücklicherweise kam Pigi auch diesmal ihr Beschützer zu Hilfe. Unvorsichtigerweise sagte man ihm von dem ausgelegten Gift und zeigte ihm auch die Stellen. Er sparte nicht an guten Ratsschlägen. Raum war aber Frau Ligeti verschwunden, so klaubte er das Gift vorsichtig zusammen und warf es in den Ofen. Die ahnungslose Pigi war dadurch wieder gerettet.

Der Sommer war schon nahe, und der Wind trug bereits den Duft der frühen Rosen auf seinen Schwingen über die kleine Stadt. Pigi hatte eines Tages wieder ein deutliches Lebenszeichen gegeben, das unzweideutig bewies, daß ihr das Gift nichts geschadet hatte. Sie hatte sich nämlich wieder ein paar Federn aus dem Beute geholt, deren sie um so dringender bedurfte, als in ihrem kleinen Nestchen unter dem Bücherregal vier kleine, nackte, rosige Mäuschen zur Welt gekommen waren. Frau Ligeti rang die Hände! Es wäre sicherlich noch dazu gekommen, daß sie sich mit einer Kasse gegen Pigi verbündet hätte; aber glücklicherweise ist in Ungarn der Aberglaube stark verbreitet, daß nur die gestohlenen oder zugekauften Katzen Mäuse fangen —, und eine solche war in der Eile nicht zu bekommen!

Immerhin stand Pfingsten vor der Tür und Frau Ligeti hoffte bei dem vor Pfingsten obligaten großen Reinemachen zumindest die Schlafwinkel der Maus aufzuspielen. Diese wären dann mit Wasser vollgewaschen und überdies noch zugemauert worden. „Ertrinkt sie nicht, so muß sie wenigstens verhungern“, spekulierte die Hausfrau.

Pigi ahnte nichts von den finsternen Plänen, die gegen sie geschmiedet wurden. Ihr ganzes Interesse und ihre ganze Liebe gehörte ihren Kindern, die zwar noch nicht sehen konnten, aber in Bezug auf Appetit schon ganz ansehnliche Forderungen an ihre Mutter stellen konnten.

Die kleine Maus überlegte gerade, ob sie auf Nahrungssuche ausgehen oder bei ihren Jungen, die der Wärme ihres mütterlichen Körpers so sehr bedürften, liegen bleiben sollte, als der Bücherkasten, der sie so lange vorborgen hatte, mit unangenehmem Poltern beiseite geschoben wurde und das ganze Mäusevolk sich ruckhastig den Blicken Frau Ligetis offenbarte.

Die endliche Offenbarung der Mäuse erschreckte die Frau momentan doch. Bis sie auf die Idee kam, das ganze Mäusevolk in Ermangelung eines besseren Instrumentes mit ihrem besten

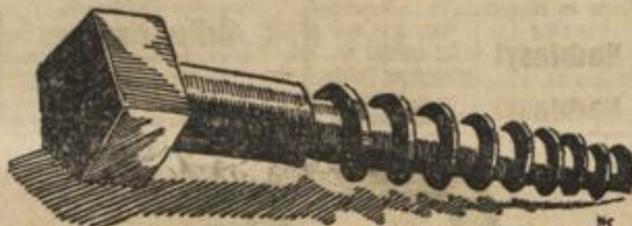
Stiefel zu zertreten, hätte sich Pigi leicht in ihre alte Höhle, deren Eingang gleich neben dem neuen Nest lag, flüchten können. Dann aber hätte sie ihre Kleinen schutzlos zurücklassen müssen und so etwas fällt einer Mäusemutter gar nicht ein. So blieb sie — aufs Ärgste gefaßt — regungslos liegen.

Das Schicksal mußte sich erfüllen. Pigi's kleines Herz stand still, als sich im nächsten Moment der Abzug eines ungeheuren Menschenstuhes über ihr Glück im Winkel senkte, und als er sich wieder hob, nur mehr eine zertretene, formlose Masse an Stelle ihrer vier Kinderchen zu sehen war.

Hier sieht man



den berühmten Apparat des Generals Watter, mittels dessen die Munition der Franzosen aus weiter Entfernung zur Explosion gebracht werden konnte. Schade nur,



daß in jenem Apparat eine Schraube lose war!

In der Erregung hatte aber die Hausfrau Pigi selbst nicht getroffen. Sie schloß sich gerade an, mit einem zweiten Tritt auch die einseilige Mäusemutter zu zermalmen, als ihr Mieter das Zimmer betrat und die Situation erkennend, heiligsprang und schühend seine Hand über das zitternde Mäuschen hielt.

Nur mit großer Mühe konnte er es vor der erbosten Hausfrau retten —, dafür mußte er sich aber sofort eine andere Wohnung suchen. Und dorthin nahm er seine kleine Freundin mit. Sie bekam einen schönen Käfig und so viele Leckerbissen und Zärtlichkeiten, als sie in ihren kühnsten Träumen nicht zu erhoffen gewagt hätte. Und mit der Zeit vergaß sie sogar das schreckliche Erlebnis, das sie ihrer Kinder beraubt hatte. Als der Sommer kam, da konnte sie wieder tanzen. Ihre ganze Zuneigung wandte sich nun ihrem großen Freunde zu und sie schenkte dem Einsamen etwas ganz Kostliches: die reine Liebe eines dankbaren Tierchens.

Der Rhythmus des Schlafes.

Mit dem Sprichwort: der Schlaf sei der Bruder des Todes, ist wohl nur teilweise das Richtige getroffen. Vielleicht ist es nur die scheinbare Geistesabwesenheit beim Schlafen, welche zur Erfindung dieses Sprichwortes verleitete. Jedenfalls ist klar, daß für den Menschen Schlafintensität und Appetit die wichtigsten Gesundheitsaxiome sind. Es gibt wohl keine Krankheit, bei der nicht Schlaflosigkeit irgendwie ein Bestandteil dieser wäre. Jede körperliche und seelische Störung spiegelt sich im Schlaf des Menschen wider. Andererseits ist es wieder bekannt, daß der Schlaf einen selbst die schwersten Sorgen vergessen läßt und daß der von dem Tageslast und Arbeit Ausgeriebene nach gut durchschlafener Nacht am anderen Morgen Arbeitsfähigkeit und Denkfähigkeit wieder erlangt hat.

Nicht umsonst haben sich die Volkswirtschaftler mit dem Problem des ausreichenden Schlafes beschäftigt, die die Produktivität des einzelnen auch von der Länge und Intensität des Schlafes abhängig machen müssen, da ja die produktive Kraft eines Unternehmens nicht nur vom Betriebskapital und den Betriebsmitteln, sondern auch von den im Betrieb tätigen Menschen abhängt. Was vom ärztlichen Standpunkt aus betrachtet als Hygiene erscheint, wird vom volkswirtschaftlichen zur Volkswirtschaft. Schließlich ist aber die Hygiene auch mehr ein sozialökonomisches, als ein ethisches Problem.

Die größtmögliche Erholung aus dem Schlafen zu ziehen und unter welchen Bedingungen dies möglich ist, ist eine Frage, mit der sich der vor kurzem verstorbene Psychiater Kräpelin befaßte. Seine Versuchsergebnisse und Regeln zur Erlangung eines gesunden Schlafes sind größtenteils Gemeingut eines jeden Volkes geworden. So z. B., daß man zwischen Arbeitspause und Schlafbeginn eine größere Ruhepause einschalten muß, um die seelische Umstellung, die immerhin, besonders bei angestrengter geistiger Tätigkeit notwendig ist, zu erreichen und die der Vorbereitung zum Schlaf dienen soll. Wer knapp vor dem Einschlafen eine reichliche Mahlzeit zu sich genommen hat, wird diese gastronomischen Genüsse mit Schlaflosigkeit büßen müssen. Es begünstigt natürlich den Schlaf, daß man in möglichst bequemer Lage, bei gleichmäßiger, nicht zu hoher Temperatur und in vollkommener Stille und Dunkelheit sich niederlegt. Weniger bekannt dürfte die Ergebnisse der Kräpelin'schen Forschungen sein, aus denen hervorgeht, daß der Schlaf in drei Stufen nach dem Einschlafen seine größte Intensität und Tiefe erreicht und um diese Zeit überhaupt am gefündesten ist. Es folgt darauf eine Periode von drei Stunden, wo sich die Schlaf-

tiefe verringert, um wieder gegen die sechste und siebente Schlafstunde stärker zu werden, ohne allerdings die Intensität der ersten vier Stunden zu erreichen. Gegen die achte Stunde wird der Schlaf immer feiner und jeder, der seinen Schlaf ein bißchen beobachtet, wird gemerkt haben, wie um diese Zeit herum allmählich die Geräusche der Außenwelt von seinem Ohr dem Gehirne wieder übermittelt werden. Es ist klar, daß Kinder, besonders im frühesten Alter, mehr Schlaf brauchen und daß bei diesen die ganzen Schlafenszeitperioden weitaus auseinandergehender sind, als bei älteren Leuten, bei denen sich diese mehr zusammendrängen.

Die Hygiene des Einschlafens erhält allein durch diese Versuche schon sehr viele Anhaltspunkte. Da Berufsleute meist eine bestimmte Anfangszeit der Arbeit am Morgen haben, so ist der Zeitpunkt des Aufwachens ziemlich genau festgelegt. Steht jemand zum Beispiel um sieben Uhr auf, so muß er, um acht Stunden zu schlafen, um elf Uhr schlafen gehen. Schläft er erst um zwölf Uhr ein, so fällt die größte Schlafstiefe in die Zeit von zwei bis drei Uhr, dann flaut sie, wie oben erwähnt, wieder ab, um zwischen sechs und sieben Uhr morgens das zweite Ragimum zu erreichen, also gerade dann, wo man durch den Wecker aus dem Schlaf gerissen wird. Legt man seinen Schlafpunkt noch später, ungefähr gegen ein Uhr früh, so erwacht man am Morgen zwar leicht zu seiner Zeit, da nun zwischen sechs und sieben Uhr der Schlaf leichter ist, muß aber auf den ganzen zweiten Teil der Schlafperiode verzichten. Die körperliche und geistige Spannkraft fehlt infolgedessen und läßt sich auch nicht durch einen Mittagschlaf beseitigen, da seine Schlafstiefe kaum halb so groß ist, wie die der flachen Morgenperiode. Wird dieser Mittagschlaf übermäßig ausgedehnt, so ist die Folge davon eine Verschlepptheit, die erst recht jedes, besonders geistige Arbeiten erschwert. Jene Menschen, welche mit fünf bis sechs Stunden Schlaf auskommen, sind Ausnahmefälle und müssen diese Unnatürlichkeit — man kann sie nicht anders benennen — mit frühem Altern, früherem Ergrauen, Nervosität und Gereiztheit büßen.

Gegen Schlaflosigkeit gibt es kein natürliches Mittel. Schlafmittel bewirken nämlich etwas ganz anderes als Schlaf, sie narzotisieren und erzeugen einen Rausch, der bekanntlich meist zu Bewußtseinsverlust führt. Erholung wird aus diesem Schlaf keine geschöpft, denn das was Schlaf ist, ist ja nicht körperliche Bewußtlosigkeit, sondern eine Entspannung der Hemmungen, die bei Tag wirksam sind, nachts aber ausgeschaltet werden müssen. Man frage einen Menschen der allabendlich seine Dosis Kaliumbromid zu sich nimmt und damit einschläft, und einen der körperlich und geistig ermüdet sich niederlegt und sofort einzuschlafen. Der wirklich Ausgeraute wird jener sein, der ohne Narzotika sich abends zu Bett begibt, um am anderen Morgen erfrischt und verjüngt sich zu erheben. Der Rausch hingegen wird infolge der Schlafmittel an seinen Nerven leiden und wird frühmorgens immer mit einem Unlustgefühl und etwas benommenem Kopf erwachen.

Mikroben im Dienste der Menschen.

Die Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften veranstaltete in ihren Räumen im Schloß am Mittwoch ihren ersten Vortragsabend in diesem Winter. Der Direktor des Instituts für Biochemie, Prof. Dr. Neuberg, hielt einen Vortrag über die Leistungen der Mikroorganismen im Dienste der Menschen.

Wenn man von Beziehungen des Menschen zu den Mikroorganismen spricht, so denkt man zunächst an den unerwünschten Kontakt mit Krankheitserregern; und doch treten wir dauernd in weit innigere Beziehung mit harmlosen Keimen. Da wir keine sterile Nahrung zu uns nehmen, gelangen unauflöslich die Keime in das Körperinnere. Die meisten Eindringlinge gehen zugrunde, einige aber bleiben am Leben und vermehren sich stark, wie das Bacterium coli (Darmbakterie). Die Größen- und Wachstumsverhältnisse liefern uns den Schlüssel für das Verständnis der ungeheuren Wirkung der Mikroben. Die bei idealer Nahrungszufuhr und unbegrenztem Raum aus einem einzigen Billionenstamm wachsenden Bakterium innerhalb 24 Stunden hervorgehende Nachkommenschaft beträgt die ungeheure Zahl von 1 Billion mal 79 230 Billionen Zellen. Diese Masse wiegt hunderttausend Billionen Gramm oder 100 Milliarden Tonnen. Alle Gütermengen der Welt wären nicht imstande, die Bakterienlast fortzuschaffen. Im Vergleich zu diesen Zahlen ist die im Körperinnern heranwachsende Zahl von Bakterien winzig. Bewußt werden seit Urzeiten Mikroorganismen für die Bedürfnisse des Menschen kultiviert. Die Herstellung des Weines und des Bieres sind dafür geläufige Beispiele. Es hat sich gezeigt, daß der Alkohol bei der Gärung nicht unmittelbar, sondern über das Zwischenprodukt Azetaldehyd entsteht. Dieses Erkenntnis gab das Mittel an die Hand, durch künstlichen Eingriff das Wesen der Zuckerspaltung zu ändern, indem man durch Abzehrung des Oxydationsproduktes Azetaldehyd aus reduktive Gegenleistung die Produktion von Glycerin erzwingt. Nach Erkenntnis hat es den Mittelmeeren in der Gärung ermöglicht, nach Abschmürung von den natürlichen Glycerinquellen sich das für die Landesverteidigung und Zwecke der Heimat notwendige Glycerin zu verschaffen. Ueber Zwischenstufen vollzieht sich auch die Abzehrung des Zuckers zu Milchsäure. Diese hat industrielle Bedeutung und ihre Alkoholfolge haben die Eigenschaften des Glycerins, so daß sie im Weltkrieg an Stelle des teuren Glycerins getreten sind.

Die bakterielle Gewinnung des Butylalkohols hat neuerdings ein Interesse gewonnen, da diese wichtige Substanz den Alkohol ersetzt, der ein Nebenprodukt der alkoholischen Gärung bildet, aber infolge der Trockenlegung Amerikas vom Weltmarkt verschwunden ist. Im Gefolge des Menschen haben sich auf den Vordächern selbstamerweise Bakterien angesiedelt, die von Automobilen verpflanzte Benzintröpfchen vertilgen. In alle Zweige der menschlichen Betätigung greifen Mikroben ein. Kaffee, Tee, Kaffee, Tabak erlangen nur durch mikrobiologische Vorgänge ihre Genussreife.

Aber alle diese Wirkungen der Mikroben erscheinen bedeutungslos gegenüber ihrer gewaltigen Rolle bei der Bodenatmung. Die Assimilation allein der grünen Wasserpflanzen ist so groß, daß jährlich 65 Billionen Kilogramm Kohlenstoff der Erdatmosphäre entzogen werden, das ist der 35. Teil der auf unserem Planeten vorhandenen Menge. In weniger als einem Menschenalter wäre also alles Leben auf Erden erloschen, wenn nicht die Bodenbakterien die Kohlenstoff der Erdatmosphäre zurückföhrten würden.

Die Mikroben sind die wahren Herrscher dieser Welt, indem sie, zwischen Pflanze und Tier stehend, den Bestand des Lebens auf Erden unterhalten. Keine irdische Macht hat Gewalt über sie, nur kosmischen oder geologischen Katastrophen sind sie unterworfen.

Eine Biene, die Bleitöden durchragt. Man hat wohl schon von Ratten berichtet, die sich durch Blei durchstossen können, und ebenso hat man sie und da einen Fall beobachtet, bei dem Holzweissen an den Bleikammern von Schwefelsäurefabriken Schaden richteten, wenn sie sich aus dem Holz, in dem sie ihre Larvenzucht durchmachten, durch Bleiplatten ins Freie durchdrangen. Nun berichtet aber A. Hesse im „Biologischen Zentralblatt“ dieselbe Leistung von einer Biene, nämlich der chinesischen Holzbiene Xylocopa. Diese durchragt kleine Sägemantel von Telephonkabeln mit 0,6 Millimeter Wandstärke mit Löchern, deren Weite 1 Zentimeter beträgt.

Ein Wort Lesings. „Woher kommt es wohl, daß die unwissendsten Menschen gewöhnlich die hochmütigsten sind?“ fragte einmal jemand Lessing. „Haben Sie noch nicht beobachtet,“ erwiderte dieser, „daß die Blinden den Kopf weit höher tragen als Leute mit guten Augen?“

